

Die Notwendigkeit und die Schwierigkeit, dekolonial zu forschen

„The power to narrate, or to block other narratives from forming and emerging, is very important to culture and imperialism, and constitutes one of the main connections between them.“

EDWARD SAID (1994b: xiii)

PRODUZIERTE NICHTEXISTENZ VON WISSEN

Mit der Forschung, auf der dieses Buch basiert, habe ich die Absicht verfolgt, unsichtbar gemachtes und diskreditiertes Wissen aus anti-fundamentalistischen¹, basispolitisch-widerständigen Praktiken in Afghanistan aus der dekolonialen Perspektive darzustellen und damit (auch) eine wissenschaftliche Präsenz zu geben. Für mein Forschungsprojekt konnte und wollte ich nicht auf die herkömmlichen Methoden und Methodologien empirischer Forschung zurückgreifen – haben diese doch dazu beigetragen, diesem Wissen eine Nichtexistenz zu verleihen.

Edward Said hat als einer der ersten, der im Westen wahrgenommen wurde, gezeigt, dass Forschung über den (vormals) kolonialisierten Teil der Welt vor allem Konstrukte schafft, die die Beherrschbarkeit dieser Gebiete und Gesellschaften durch den Westen befördern. „I myself believe that Orientalism is more particularly valuable as a sign of European-Atlantic power over the Orient than it is as a veridic discourse about the Orient (which is what, in its academic or scholarly form, it claims to be).“ (Said 1995: 6) In Texten des Orientalismus entstehen durch die Forschungen nicht „natürliche“ Abbildungen des Ostens, wie wissenschaftlich bean-

1 Fundamentalistisch meint hier islamisch-fundamentalistisch und ich benutze diesen Begriff in Anlehnung an die hier dargestellten afghanischen Organisationen im Sinne von islamistisch, also einer reaktionären, restriktiven, frauenfeindlichen, anti-feministischen und anti-demokratischen Politik, die als Legitimation den Islam funktionalisiert, zudem mit dem angeblich einzig richtigen Islam bzw. der einzig richtigen Islamauslegung.

sprucht wird (vgl. ebd.: 21). Said geht es jedoch nicht darum nachzuweisen, ob Realität korrekt abgebildet wird oder nicht. Stattdessen zeigt er, wie in den Beschreibungen vor allem die Position und die Kultur des Schreibenden zum Ausdruck kommen. Diese Beschreibungen ergeben allein auf der Basis westlicher Techniken der Repräsentation und Anerkennungssysteme einen Sinn. „[T]hese representations rely upon institutions, traditions, conventions, agreed-upon codes of understanding for their effects, not upon a distant and amorphous Orient.“ (Ebd.: 22) Der auf diese Weise produzierte, auch literarische, Text ist nicht unschuldig, sondern schafft westliche(s) Dominanz(-denken) (vgl. ebd.: 27-28).

Wissenschaftliche Methodologie ist auch höchst wirksam dabei, nicht erwünschte Alternativen des Bestehenden und weltweit existierende soziale Erfahrungen als irrelevant zu diskreditieren oder unsichtbar zu machen (vgl. Sousa Santos 2004). Sousa Santos beschreibt die moderne Wissenschaft mit ihrer „monoculture of knowledge and rigor of knowledge“ (Sousa Santos 2004: 15) als das machtvollste Verfahren, um diese Nichtexistenz zu produzieren. Sousa Santos zieht daraus die Konsequenz, eine „sociology of absences“ vorzuschlagen, um den ausgegrenzten Erfahrungen eine Präsenz zu geben.

„It consists of an inquiry that aims to explain that what does not exist is in fact actively produced as nonexistent, that is, as a non-credible alternative to what exists. Its empirical object is deemed impossible in the light of conventional social science, and for this reason its formulation already represents a break with it.“ (Sousa Santos 2004: 15)

Deshalb schlägt Sousa Santos vor, andere Formen der Rationalität als wissenschaftliche Grundlage zu nehmen. Nicht-wissenschaftliches Wissen als Alternative zu wissenschaftlichem Wissen muss notwendig Geltung erhalten (vgl. Sousa Santos 2004). Wissen und Kriterien für Genauigkeit, die in sozialen Praktiken mit Glaubwürdigkeit agieren, müssen anerkannt werden. „Such contextual credibility must be deemed a sufficient condition for the knowledge in question to have enough legitimacy to participate in epistemological debates with other knowledges [...].“ (Ebd.: 19)

Wenn nicht-anerkannte Erfahrungen und nicht-anerkanntes Wissen präsent gemacht werden, beispielsweise Wissen von sozialen Bewegungen und denjenigen, die global den Unterdrückungen, Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten widerstehen, die durch Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat entstehen, könnten diese als bereits entwickelte Alternativen zum hegemonialen westlich-zentrierten Denken hinzugezogen werden, „to have their credibility discussed and argued for and their relations taken as object of political dispute“ (Sousa Santos 2004: 18). Als anerkannter Wissenschaftler und Professor für Soziologie der Wirtschaftsschule der Coimbra Universität in Portugal steht Sousa Santos als Vermittler zwischen der institutionellen akademischen Autorität und dekolonialen Forschungsansätzen bzw. den Perspektiven der Epistemologien des Südens, die aus der marginalisierten, ungehörten Subjektposition

entstehen. Anna Agathangelou und Lily Ling argumentieren ähnlich zur Begründung ihres Worldism-Ansatzes: „[W]hen we realize that ‚science‘ is but one among many narratives of knowledge, we open up conceptual and discursive space to consider alternative ways and states of being, thinking, and doing.“ (Agathangelou/Ling 2005b: 12)

Meera Sabaratnam weist in Bezug auf liberale Friedensinterventionen auf Verbindungen zwischen analytischen und politischen Ausschlüssen hin (vgl. Sabaratnam 2011a: 800). Die Zielbevölkerung wird als Opfer von Konfliktverhältnissen beschrieben, in deren Namen liberale Friedensinterventionen gerechtfertigt sind. Sie bleiben Objekte ohne Stimme, sowohl in der Politik als auch in intellektuellen Analysen. Für einen dekolonialen Umgang mit dem Programm des liberalen Friedens fordert Sabaratnam, die Autorität bei der Gestaltung von Weltpolitik und die Autorität über Wissen bei den vermeintlichen Empfänger*innen von liberalem Frieden zu sehen.

DEKOLONIALISIERUNG VON WISSEN

Meine Forschung setzt an der Kritik am monologischen westlichen Erkenntnissubjekt an. Es war die ausdrückliche Absicht dieses Projektes, denjenigen mit Anerkennung zu begegnen, die als afghanische Basisorganisationen Wissen und Handlungsmacht zum Konflikt und einem möglichen Friedensprozess in Afghanistan besitzen. Indem diese feministischen, fortschrittlichen und für Gerechtigkeit streitenden Organisationen eine widerständige politische Subjektivität in Anspruch nehmen, ihre politischen Positionen und Ideen einbringen und politische Auseinandersetzungen provozieren, entwickeln und zeigen sie diese Wissens- und Handlungsmacht. Ich unterscheide dabei nicht zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Wissen, sondern sehe die Vertreter*innen der afghanischen Organisationen als die Expert*innen, die wichtiges Friedens- und Konfliktwissen erarbeitet haben.

Es geht hier um politische Handlungen im Gegensatz zum Interventionskriegsprojekt und dessen Folgen. Doch es geht ausdrücklich nicht um die Organisationen der islamistischen Aufständischen, denen sehr viel Aufmerksamkeit und zunehmendes Forschungsinteresse entgegengebracht wird, sondern um Organisationen, die sich ausdrücklich gegen islamistische Politik stellen und die mit prekären Mitteln arbeiten. Von diesen Organisationen wird das westliche Interventionsprojekt als kolonial, nicht im Interesse der afghanischen Bevölkerung und nicht im Interesse von Demokratie, Frauenrechten, Frieden und Stabilität verstanden. Das ist ein Grundgedanke des dekolonialen Forschungsansatzes: die Autorität über Erkenntnisprozesse und Möglichkeiten der Gestaltung von Geschichte, Politik, Gesellschaft der von Kolonialisierung Betroffenen anzuerkennen und dekoloniale

Entwicklungen – gegen Kolonialismus/Kolonialität, Rassismus, Sexismus, Imperialismus und weitere Herrschafts- und Machtverhältnisse – mitzubetreiben und zu unterstützen.

Das ist weit mehr, als das „Lokale“ und „Alltägliche“ der nicht-westlichen, als nicht-liberal klassifizierten Welt ins Zentrum zu rücken, um die kolonialen Tendenzen des liberalen Friedens aufzuheben (vgl. Sabaratnam 2011a, mit Bezug auf Richmond 2010b). Mit einer Kritik, die bestrebt ist, das „Lokale“ mit dem westlich Liberalen zu verbinden, werden die Gesellschaften, auf die die Friedensprogramme gerichtet sind, weiterhin als Subjekte der Analyse und Erkenntnis ausgeschlossen. Die erkenntnisgewinnende Subjektposition bleibt im Westen, beim (Konstrukt des) universalisierten liberalen Subjekt(es) lokalisiert. Auch wird damit der Westen als intervenierender Akteur für Friedensschaffung nicht weitergehend verändert als zum Akteur in Konzepten eines „hybrid local-liberal peace“ (Richmond 2010b: 669). Die direkte Auseinandersetzung mit den von Interventionen Betroffenen – als signifikante Subjekte der Geschichte und Politik – findet auch bei den (akademischen) Kritiker*innen des liberalen Friedens in der Regel nicht statt (vgl. Sabaratnam 2011a).

Auch sogenannte Bottum-up-Ansätze des Peacebuilding stellen keine Alternative dar, die den Ausschluss der Empfänger*innen des Peacebuilding aufhebt. Es werden zwar die Ansichten der Bevölkerung erfragt und generalisierende Ausführungen von Demokratisierungsmissionen infrage gestellt und lokale Bevölkerungsgruppen im Interventionsgebiet beteiligt, aber die letztendlich entscheidende Handlungsmacht über Erkenntnisse und die Einkleitung strategischer Eingriffe zur sozialen, politischen, ökonomischen Umgestaltung bleibt weiterhin im Westen verankert. Ein Beispiel dafür ist die Forschung von Mary Kaldor und Marika Theros „Human Security and Bottom-up Engagement in Afghanistan“ (London School of Economics/Global Governance in Partnerschaft mit dem Civil Society Development Centre in Afghanistan), die zeitgleich mit der Durchführung meines Forschungsprojektes stattfand. Die beiden Forscherinnen beziehen Jugendliche, Frauenverbände, Lehrer*innen, traditionelle und religiöse Führer, Intellektuelle, NGOs und Community Associations aus mehreren Provinzen ein, um soziales Handeln und Gruppenbildungen, deren Werte, Denkweisen und Erfahrungen zu verstehen. Im Sinne der als militärische Strategie formulierten Gewinnung der „hearts and minds“ interessieren sich die Forscherinnen für das Verständnis an der gesellschaftlichen Basis zum internationalen „Stabilisierungsprojekt“ und für lokale Ideen für Frieden und Sicherheit (vgl. Zwischenbericht, Kaldor/ Theros 2011). Kaldor und Theros stellen sich erklärtermaßen in den Zusammenhang des bestehenden zivil-militärischen Interventions- und Neuordnungsprojekts und suchen nach „implications for Western policy“ (Theros/Rosen, 16.01.2011). Sie beziehen sich dabei ausdrücklich auf den Kommandeur der ISAF (International Security Assistance Forces) sowie der US Forces Afghanistan 2009-2010, US-General Stanley A. McChrystal, mit seiner Forderung: „We must get the people involved as

active participants in the success of their communities.“ (McChrystal zit. nach Theros/Kaldor 2011: 8) Bestandteil ihres Forschungsprojektes war der Aufbau eines Netzwerkes von den befragten Bevölkerungsgruppen mit den beim Interventionsprojekt involvierten internationalen Organisationen, dem Militär und der afghanischen Regierung (vgl. Kaldor/Theros 2011), unter anderem durch gemeinsame Konferenzen. Der letzte Satz ihres Zwischenberichts ist sehr bezeichnend für den ausbeutenden Charakter ihrer Forschung, die konzipiert ist, um im Ergebnis in ein bestehendes Kriegsprojekt einzugehen: „*Their views can help us develop a strategy*“ (Kaldor/Theros 2011: 51, Herv. d. A.) Die Theorie-Macher*innen an der europäischen London School of Economics and Political Science (LSE) und die weiteren Interventionsstrateg*innen handeln – von den „native informants“ werden die benötigten lokalen Kenntnisse verwertet.

Forschung zu internationaler Politik wird vorrangig durch Akademiker*innen aus Nordamerika und Europa durchgeführt (vgl. bspw. Tickner 2003). Rufe nach einer Öffnung haben nicht zu systematischen Veränderungen geführt, um Weltpolitik aus der Perspektive der „Dritten Welt“ zu erkunden (vgl. ebd.). Ann Tickner (2006) spricht von einer zunehmenden Einschränkung akademischer Freiheit und beschreibt, wie die Wertschätzung anderer Weltsichten, von Minderheiten, von Frauen und von nicht-westlichen Kulturen als relativistisch, als nicht-faktenorientiert und als politisch kritisiert wird. Diese Intoleranz gegenüber anderen Weltsichten hätte nach dem 11. September 2001 und der 2002 erklärten Sicherheitsstrategie der USA, die auf die Förderung der Globalisierung westlicher Formen der Demokratie und neoliberalen Weltökonomie setzt, noch zugenommen (vgl. Tickner 2006: 384; vgl. auch Darby 2006). Christine Löw hat in *Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik* (2009) gezeigt, „dass eine postkolonial-feministische Beobachtungsweise imstande ist, die epistemische Gewalt in den Wissensformationen sichtbar zu machen“ (Löw 2009: 16). Der Begriff „epistemische Gewalt“ erfasst die destruktive Rolle, die von der Monopolisierung westlicher Denkformen und Positionen als die einzige richtigen ausgeht. Damit wird auch die Nicht-Hörbarkeit der konkreten Stimmen aus dem globalen Süden und aus marginalisierten Gruppen produziert. Christine Löw geht es mit ihrem feministisch-postkolonialen Ansatz darum, „die Vorherrschaft und Dominanz westlicher Herangehensweisen im erkenntnistheoretischen Bereich aufzubrechen“ (Löw 2009: 17), und zwar durch die Kontrastierung der blinden Flecken und Auslassungen westlicher Diskurse mit den Lebensbedingungen, der Subjektivität und den politischen Zielen von Frauen aus Weltregionen mit Kolonialisierungserfahrung, bzw. wie Löw sagt, „von Dritte Welt-Frauen“ (ebd.: 17).

Epistemische Gewalt ist die Bezeichnung für diejenigen Beiträge zu gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen, die von den Wissensformen ausgehen. „Die epistemische Gewalt ist tief in unser Wissen eingelagert, ebenso wie in die Wege, auf denen wir zu diesem Wissen kommen.“ (Brunner 2015: 39). Claudia

Brunner sieht drei Elemente, über die epistemische Gewalt Wirkung entfaltet: die Normalisierung und Rechtfertigung anderer Gewaltformen, die Kanonisierung – also die Festlegung von Normen und Standards – von Wissen für Analysen im internationalen Rahmen sowie der Eurozentrismus und entsprechende Prämissen von Aufklärung, Modernität und Fortschritt (vgl. ebd).

Die Kontrastierung mit dem Wissen von Frauen aus den Weltregionen, die Kolonialisierung erfahren haben, als feministisch-postkoloniale Vorgehensweise wie Löw sie mit Bezug auf Gayatri C. Spivak darlegt, trägt dazu bei, den Westen zu dezentrieren und Europa zu provinialisieren, wie Dipesh Chakrabarty (2000) es nannte. Dieser Gedanke der Kontrastierung mit den Auslassungen von Christine Löw und ähnlich lautende Forderungen von Mona Singer (2005) und Sandra Halperin (2006), das hegemoniale Wissen mit anderen Wissenssystemen und deren Erzählungen, die sich nicht einfügen, zu konfrontieren, haben meine Forschung mit inspiriert. „Das hegemoniale Wissen muß durch die Konfrontation mit anderen Wissenssystemen herausgefordert werden. [...] Differenzen [werden] sichtbar und Widerstand möglich“ (Singer 2005: 241). Sandra Halperin arbeitet an der Dekolonialisierung der Erzählung bzw. des Mythos der europäischen Geschichte durch die Konfrontation mit nicht-einfügbaren (Gegen-)Erzählungen.

„[W]hat is needed is to confront the hegemonic perspective with an unassimilable difference, one that cannot be rendered compatible or incorporated but that, if accepted, makes it impossible to retain the dominant account.“ (Halperin 2006: 44)

Das institutionell anerkannte Wissenschaftsverständnis ist zutiefst eurozentrisch durchdrungen, in der Wechselwirkung mit Kolonialismus entstanden und beansprucht universelle Gültigkeit. Es werden nicht nur andere bestehende Wissenssysteme und das Wissen, das außerhalb der anerkannten wissenschaftlichen Institutionen entsteht, diskreditiert. Auch wissenschaftliche Ansätze wie der hier umgesetzte, die Wissen aus der Perspektive der Menschen mit Kolonialisierungserfahrung anerkennen, werden als fragwürdig behandelt. Der objektivistischen Sicht der Dinge ist es „gelungen [...], das ‚Andersseinkönnen jeglicher Ordnung‘ erfolgreich zu verdrängen“ (Lossau 2002: 42) und andere Wahrheiten zu unterdrücken.

Bereits in einer sehr frühen Phase dieser Forschung habe ich eine Erfahrung gemacht, wie dieser Universalitätsanspruch in wissenschaftlichen Debatten und Praktiken eine Wirkung entfaltet, die einen Arbeitsansatz, der Dekolonialisierung anstrebt, entweder zurechtstutzt oder delegitimiert. So wurde bei der Redigierung des Tagungsbandes *Der Talibankomplex* (Schetter/Klußmann 2011) von meinem Beitrag etwa die Hälfte des Textes „gekürzt“, sodass vor allem das ungewöhnliche empirische Material für die Präsentation stehen blieb. Die Auseinandersetzung mit Methoden westlicher Theorieproduktion als epistemischer Gewalt wurde gestrichen.

„Ich kann durchaus Ihrer Kritik [...] an der neokolonialen Praxis des Wissenschaftsbetriebs etwas abgewinnen und stimme Ihnen hier weitgehend zu; jedoch ist dieses Buch für den Leser bestimmt, der sich in erster Linie mit den Taliban auseinandersetzen will und nicht mit Wissenschaftskritik.“ (Schetter, E-Mail vom 28.10.2010, 18:05)

Die von mir zitierten Kritiker*innen einer politischen Integration der Taliban wären mit dieser Streichung als zu verwertende Objekte der westlichen Analyse und Theoriebildung stehen geblieben. Die unausgesprochene Vorannahme der Sozialwissenschaft, dass die Theoriebildung in westlichen Wissenschaftsinstitutionen geschieht, während die Objekte dieser theoretischen Analysen häufig in der Peripherie lokalisiert sind (vgl. Tickner 2006: 392-393), bleibt dabei unangetastet. Die Aussagen meiner afghanischen Gesprächspartner*innen wären zum Datenmaterial „einheimischer Informanten“ geworden. Ich habe daraufhin die Veröffentlichung meines Beitrags verweigert und dies mit Bezug auf das Bild des kolonialen Haushalts für die Disziplin der Internationalen Beziehungen, das Anna Agathangelou und L.H.M. Ling beschreiben, begründet:

„,[D]ownstairs‘ members gather ethnographic, ‚thick descriptions‘ (,low politics‘) so that the ‚upstairs‘ members may theorize grandly about the world (,high politics‘). Indeed, those upstairs depend on the ethnographic sustenance and services provided by those downstairs, especially during times of crisis [...] Instead of scholars and theorists in their own right, the House of IR casts them as ‚native informants‘.“ (Agathangelou/Ling 2004: 30)

Auf der dem Sammelband vorangegangenen Tagung „Wer sind die Taliban?“ (Evangelische Akademie im Rheinland/Universität Bonn, Bonn, 26.-28.03.2010) hatte ich ebenfalls in der ersten Hälfte meines Vortrags das Problem der epistemischen Gewalt erklärt und warum ich deshalb mit einer Methodologie arbeite, die lokale, subjektive Stimmen als zentrale Quellen im Sinne von Expert*innen mit eigenständigen Analysen wertet. In der zweiten Hälfte bekamen diese afghanischen Stimmen Raum, indem ich dem Tagungsthema entsprechend ausgewählte Wortbeiträge von Basisaktivist*innen zum Verständnis der Taliban zitierte oder als Audio-Ausschnitt einspielte. Dieser Vortrag und vor allem die zitierten Aussagen wurden als Provokation aufgenommen und folgendermaßen kommentiert: „Das sind Sekten ohne Relevanz“, „nicht repräsentativ“, „subjektive Stimmen und dazu eine solch subjektive Auswahl – das ist zu viel der Subjektivität“ und, ob ich keine rational denkenden afghanischen Frauen hätte finden können. Kein Diskussionsbeitrag beachtete meine Ausführungen zu epistemischer Gewalt, stattdessen wurde diese augenblicklich ausgeübt. Ich verstehe das als eine Weigerung, sich mit der Verantwortung der Wissenschaft für koloniale, rassistische und sexistische Ausschlüsse in Analysen des Konfliktfeldes Afghanistan auseinanderzusetzen. Die Tagungsdebatten durchzog eine Suche nach pragmatischen Problemlösungen für das Peacebuilding-Projekt Afghanistan, dessen Scheitern nicht mehr zu leugnen war.

VERWICKELT: WISSENSCHAFT UND KOLONIALISMUS

Wissenschaft war historisch immer eng verbunden mit der Praxis des Kolonialismus und ist es auch heute. Forschung ist dreckig – aus dem Blickwinkel der Kolonisierten: „The term ‚research‘ is inextricably linked to European imperialism and colonialism. The word itself, ‚research‘ is probably one of the dirtiest words in the indigenous world’s vocabulary.“ (Smith 2008: 1) Das westliche Wissenssystem half nicht nur, Kolonialisierungsmacht durchzusetzen und auszuüben. Andere weltweit bestehende Wissenssysteme wurden als Hindernisse angesehen, die überwunden werden mussten (vgl. Singer 2005). „Der Ausschluß von Heterogenität oder Differenz gehörte [...] zur Konstitutionsbewegung neuzeitlicher Wissenschaft und der durch diese verallgemeinerten szientistischen Rationalität.“ (Lossau 2002: 31) Die westliche Wissensform und Rationalität wurde als die einzige gültige aufgezwungen und deren Ausbreitung als zivilisatorischer Triumph der Wissenschaft über Aberglaube und Unwissen gefeiert.

„Diese epistemologische Strategie [des versteckten Nicht-Standpunkts der ‚god’s eye view‘, der westliches Wissen als universal, anderes Wissen als partikular darstellt,] war entscheidend für die globalen Entwürfe des Westens. Indem sie die Position des sprechenden Subjekts verbarg, konnte die europäische/euro-amerikanische koloniale Expansion und Vorherrschaft die Hierarchie von überlegenem und unterlegenem Wissen und somit von überlegenen und unterlegenen Völkern in der Welt aufstellen. Sie drückte sich in Etikettierungen wie ‚schriftlose Völker‘ im 16. Jahrhundert, ‚geschichtslose Völker‘ im 18. und 19. Jahrhundert, der im 20. Jahrhundert üblichen Formulierung ‚unterentwickelte Völker‘, bis hin zu der aktuelleren Charakterisierung als ‚undemokratische Völker‘ im 21. Jahrhundert.“ (Grosfoguel 2010: 313)

Diese Form der Epistemologie ergab sich aus dem „imperialen Sein“ (ebd.: 314) etwa 150 Jahre nach Beginn der kolonialen Expansion, einer Subjektivität, die sich als Mittelpunkt der Welt ansah (vgl. ebd.). Sprachen, Wissen, Kulturen der Kolonisierten wurden missrepräsentiert, verhöhnt, verurteilt oder unhörbar gemacht (vgl. Smith 2008: 20). Gleichzeitig wurde Wissen ausgebeutet, in westliches Wissen integriert und die Herkunft unkenntlich gemacht. Forscher waren beim kolonialen Eindringen und Niederwerfen beteiligt, die Probleme der kolonialen Kontrolle, Vernichtung und Ausbeutung wurden wissenschaftlich bearbeitet und beantwortet (vgl. Seth 2009). Unter anderem übernimmt die Global Governance-Forschung heute eine vergleichbare Rolle. Auch die Ausbeutung von Wissen im Sinne von „they came, they saw, they named, they claimed“ (Smith 2008: 80) setzt sich bis heute fort. „Researchers enter communities armed with goodwill in their front pockets and patents in their back pockets, they bring medicine into villages and extract blood for genetic analysis.“ (ebd.: 24) Wissenschaftler*innen haben nicht nur gesammelt, sondern in den kolonia-

len Gebieten umorganisiert und ausprobiert. Die kolonial kontrollierte Welt wurde und wird als Laboratorium verwendet (vgl. ebd.).

Post-/dekoloniale Theorie hat die Verantwortung von Intellektuellen hervorgehoben, die eigene privilegierte Sprechposition zu reflektieren und Kompliz*innen-schaften anzuerkennen, die zur Unhörbarkeit der Subalternen und zur Aufrechter-haltung unterdrückender und imperialer Verhältnisse beitragen. Insbesondere in der Friedens- und Konfliktforschung sollte die Bedeutung der Rechenschaftspflicht ge-gegenüber denjenigen, die von den Wirkungen der vertretenen Theorien, Lehren und Forschungen unter anderem bezüglich humanitär begründeter militärischer Inter-ventionen als Zielobjekte („Empfänger*innen“) betroffen sind, einen zentralen Stel-lenwert einnehmen (vgl. Exo 2015a). Stattdessen wird die Rechenschaftspflicht gewöhnlich auf die akademisch-institutionellen Mechanismen gerichtet.

„Gerade von Forscherinnen und Forschern, die empirische Projekte in militarisierten Kon-fliktgebieten durchführen, muss eine besondere Sensibilität gefordert werden. Wissenschaft-lerinnen und Wissenschaftler müssen davon ausgehen, dass die von ihnen zusammen-gestellten Daten auch für militärische Ziele genutzt werden, insbesondere im Rahmen der mi-litärischen ‚Human Terrain-Aufklärung‘, selbst wenn dies nicht ihren Absichten entspricht. Gerade Informationsanalysen, die in die sozialen Beziehungen und kulturellen Einstellungen eintauchen, sind für die militärische Aufklärung zunehmend interessanter als die klassische optische Aufklärung. Eine bedenkliche Einbindung sozialwissenschaftlicher Forscherinnen und Forscher in militärische Strategien und Strukturen findet statt, beispielsweise als interkul-turelle Einsatzberaterinnen und -berater in der Bundeswehr oder im Human Terrain-System des US-Militärs.“ (Exo 2015a: 286)

Im Pentagon werden bereits seit vielen Jahren Anthropolog*innen beschäftigt, die den Feind und das Kampfterrain in seinen sozialen Netzwerken und tieferen kulturellen und sozialen Organisationsstrukturen begreifbar machen sollen. In Indochina und in Lateinamerika wurden von den USA im Rahmen von Counterinsurgency (Aufstands-bekämpfung) ethnosoziologische Studien eingesetzt (vgl. Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum 2011). Unter anderem haben die Wissenschaftler David Kilcullen und Montgomery McFate gemeinsam mit US-General David Petraeus, Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Irak und in Afghanistan 2008-2010, CIA-Direktor 2011-2012, 2006 ein neues Militärhandbuch zum Counterinsur-gency (COIN) verfasst. Im Mai 2010 – damit in der letzten Vorbereitungsphase auf die angekündigte Großoffensive im Sommer 2010 – wurde von der ISAF (International Security Assistance Forces) in Afghanistan die Stelle eines „Target Audience Analysis Counter Propaganda Specialist“ für eine/n Sozialwissenschaftler*in ausgeschrieben. Im gleichen Jahr suchte die Bundeswehr einen „Interkulturellen Ein-satzberater“ für die Unterstützung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des

Militärs in Afghanistan. Zudem suchte die deutsche staatliche Entwicklungsorganisation GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) für das gleiche, von der Bundeswehr kontrollierte Gebiet im Norden Afghanistans einen „Komponentenleiter (m/w) Stabilisierungsfonds“. Dabei handelte es sich um eine zivile Position für den „Aufbau von einheimischen Kapazitäten im Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ (Stellenausschreibung), für die eine „Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen (CIMIC)“ (ebd.) ausdrücklich festgelegt war.

Barbara Mück war als Angestellte der Bundeswehr unter anderem als Interkulturelle Einsatzberaterin der Bundeswehr der europäischen Truppen 2006 im Kongo beteiligt und „wünscht sich mehr engagierte Ethnologen in diesem Tätigkeitsfeld und deren stärkere Positionierung im öffentlichen Raum“ (Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde, Protokoll Diskussionsforum, 02.10.2009: o.S.).

Im Bundesverteidigungsministerium wurde die Ethnologin Monika Lanik als Referentin und Beamtin im Amt für Geoinformationswesen eingestellt. Lanik nahm (wie auch Mück) an einem Diskussionsforum der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) zu ethischen Aspekten des neuen ethnologischen Berufsfeldes in Krisen- und Kriegsgebieten teil. „Sie [Lanik] plädierte dafür, dass innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes noch viel mehr ethnologische Fragen aufgeworfen würden.“ (Ebd.). Ethnolog*innen hätten die entsprechende Expertise zum Wissen um kulturelle Gegebenheiten und sollten sich beteiligen. „Das Tragen einer Uniform sei keine rote Linie jenseits derer die böse Welt anfängt, Ethnologen dürften diesbezüglich nicht stigmatisiert werden“ (ebd.), wurde von nicht militärisch-eingebetteten Ethnologen in der Diskussion betont.

Nicht allein das Wissen dort angestellter Ethnolog*innen wird vom Militär genutzt, sondern auch Literatur, die unabhängig entstanden ist. Der ethnologische Afghanistan-Forscher und Kritiker der US-amerikanischen (wie auch zuvor der sowjetischen) Intervention, Christian Sigrist, sagte in einem Interview mit dem Lehrstuhl für Soziale Anthropologie der Ruhr-Universität Bochum: „Man wollte meine Warnungen nicht hören [...]. Die Geheimdienste benutzen meine Texte.“ (Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum 2011: 13)

Meine Forschung in Afghanistan prüfe ich in besonderer Weise unter dem Blickwinkel von Verantwortlichkeit für mögliche Komplizenschaften für koloniales Wissen und der Rechenschaftspflicht für mögliche Folgewirkungen insbesondere für die in Afghanistan lebenden Menschen. Vor allem ist diese geprägt von der Rechenschaftspflicht gegenüber den Aktivist*innen, die an dieser Forschung beteiligt sind, und vom Aufbau und der Weiterführung langfristiger sozialer und politischer Verbindungen zueinander.

AUSBEUTENDE FORSCHUNG

Es gibt verankerte ethische Leitlinien für die Forschungsdurchführung; besonders ausgeprägt sind diese bei den Ethnologen (beispielsweise der American Anthropological Association). Doch wie auch das erwähnte DGV-Forum von 2009 zeigt, bei dem eine ethische Leitlinie, die *Frankfurter Erklärung* verabschiedet wurde, stehen solche Leitlinien keineswegs im Widerspruch zu militärisch verwerteter Forschung. Dekoloniale Kritik betont, dass ethische Prinzipien regelmäßig ausgehebelt werden (vgl. Decoloniality Europe 2013).

Die bereits beschriebene Forschung von Mary Kaldor und Marika Theros zur Vernetzung von zivilgesellschaftlichem Engagement als Bottom-up-Strategie zu menschlicher Sicherheit in Afghanistan (Kaldor/Theros 2011), betrachte ich als eine ausbeutende Forschung. Die Erforschung der zuvor unbeachteten Stimmen zahlreicher Akteur*innen an der Basis der Gesellschaft und deren Vernetzung geschieht bei Kaldor/Theros als eine Zuarbeit zur internationalen militärischen Mission, zur afghanischen Regierung und zu den westlichen Governance-Berater*innen. Die Forscherinnen erklären, dass sie ihre Forschung als eine Beantwortung von offenen Fragen des zivil-militärischen Interventionsprojektes begreifen. Der weit klaffende Graben zur gesellschaftlichen Basis müsse bearbeitet werden. Ein US-amerikanischer ISAF-Militärvertreter gehörte zu den Eröffnungssprechern einer Konferenz mit den Zivilgesellschaftsvertreter*innen im Rahmen des Forschungsprojektes („Civic Action for National Interest and Human Security, 27.2.-1.3.2011, Kabul). Ein Berater des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai forderte dort in seiner Rede, dass von der Zivilgesellschaft nun ein Beitrag kommen solle, weil die Regierung und die internationale Gemeinschaft die Probleme nicht mehr lösen könnten. Das Militär und die Regierung könnten nicht allein für Sicherheit, Frieden und Versöhnung sorgen, bekundete der Präsidentenberater (Mitschriften d. A. von der Konferenz). Auch der UN-Sondergesandte äußerte in einem Beitrag dazu, dass es keine militärische Lösung gebe und sie nun die Stimmen der afghanischen Bevölkerung bräuchten: „I tell you a secret: Nobody has come out with a solution. We need to hear your voice.“ (Ebd.) Nun sei die richtige Zeit dafür.

Es gehört zum westlich-akademischen Selbstverständnis, dass es ein Recht auf Informationen gibt. Wenn Informationen als notwendig bzw. fehlend eingeschätzt werden, besteht die wissenschaftliche Aufgabe darin, diese Informationen zu beschaffen. Die Verpflichtung gegenüber den Ansprüchen der wissenschaftlichen Institution, diese Aufgabe zu erfüllen, wird als vorrangig vor ethischen Überlegungen und Prinzipien bewertet. Auch in der feministischen Forschung zu internationaler Politik habe ich Beispiele gefunden, in denen sich auf ethische Prinzipien wie Transparenz und Reziprozität bezogen wurde, die dann jedoch in bewusster Entscheidung nicht eingehalten wurden. Die Notwendigkeit, Forschungsdaten zu erhalten, um den wissenschaftlichen

Informationsstand zu erweitern, wurde als am höchsten stehend bewertet. „My choice to avoid full transparency in some cases allowed me to access much-needed information.“ (Jacoby 2006: 168) Der Druck, zu publizieren und die eigene wissenschaftliche Karriere voran zu bringen, wird als Rechtfertigung dafür genannt, Ehrlichkeit und ein Eintreten für die Frauen, die beforscht werden, zurückzustellen (vgl. ebd.).

Ein Forschungsverständnis ist sehr weit verbreitet, das der Subjektivität der Betroffenen, die beispielsweise in Kriegsgebieten leben, erst nach der Bearbeitung durch die/den außen stehende/n Wissenschaftler*in Gültigkeit gewährt. Es wird eine kontrollierende, interpretierende, kategorisierende und letztendlich die wissenschaftliche Repräsentation entscheidende Autorität ausgeübt. Erst die/der Forscher*in erkennt demnach, wie Forschungssubjekte handlungsmächtig werden und welche Bedeutung die Handlungen haben. Entsprechend kann dann über Klassifikationen, Interpretationen, Aufbewahrung und Verwertung der Daten entschieden werden (vgl. Jacoby 2006: 162-163). In der Charta dekolonialer Ethik wird als zentrales Problem hervorgehoben, dass Forschungsmethodologie zur „Autorität über“ die Anderen privilegiert: „Academic research allows people to become the ‚authority about‘ others; the immigrant, the indigenous, the sans papiers, the Muslim woman“ (Decoloniality Europe 2013: 1).

Nach meinem wissenschaftlich-ethischen Verständnis, das sich an feministisch-dekolonialen Ansätzen orientiert, habe ich weder ein Recht, alles erfahren zu können, noch stelle ich die Perspektiven und das Wissen der Gesprächspartner*innen infrage. Stattdessen bin ich bestrebt, trotz aller Hindernisse einer transkulturellen Forschung in einem Kriegsgebiet von den Erfahrungen und Verständnissen der afghanischen Aktivist*innen zu lernen – so viel wie mir Zugang gewährt wird und wie ich angesichts vielfältiger Verständigungsbarrieren (nicht allein sprachlich) übersetzen kann. Subjektive Aussagen, persönliches Wissen und persönliche Erfahrungen, die durch Zuhören und Teilnehmen auf der Basis von vertrauensvollen Beziehungen vermittelt wurden, werden von mir als zentrale Quellen ernst genommen. Es geht nicht um den Erhalt von Datenmaterial zur Bearbeitung mit Theorien und Methoden, die aus einem eurozentrisch-kolonialen Wissenschaftsbetrieb stammen. Ich begreife meine Gesprächspartner*innen als Expert*innen. Die basispolitisch, anti-kolonial arbeitenden Organisationen verfügen über Konfliktanalysen und Wissen für einen möglichen Frieden. Es geht mir darum, dieses Wissen im Zusammenhang mit dem Denksystem, in dem es entstanden ist, zu verstehen. Ich mache Expert*innen-Interviews nicht nur dann, wenn ich beispielsweise den Sprecher der politischen Partei Hezbe Hambastagi interviewe. Auch wenn ich mit zwei alten, zunächst etwas ängstlichen erscheinenden Frauen – beide Witwen und Analphabetinnen – rede, die sich gerade entschlossen haben, einem Verband der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen beizutreten, führe ich ein Expertinnengespräch. Nicht zuletzt, weil es neben viel Mut eine gut bedachte Entscheidung erfordert, die Lebenserfahrung und gegenwärtige politische Verhältnisse einbeziehend, um trotz massiver Bedrohungen für die Rechte der Opfer einzutreten.

WISSENSCHAFT ALS KAMPFGEBIET DER DEKOLONIALISIERUNG

Als ich diese Forschung angefangen habe, standen Texte, die sich mit postkolonialer oder dekolonialer Forschung in der Umsetzung empirischer Projekte beschäftigen, kaum zur Verfügung – insbesondere nicht in der Friedens- und Konfliktforschung oder aus dem Fachgebiet der Internationalen Politik. Als Said 1978 *Orientalism* herausgab, war das ein Anfang, die Kolonialität in den westlichen Repräsentationen der nicht-westlichen Welt zu analysieren. Doch Said formulierte, dass von allem, was noch zu untersuchen bleibt, das Wichtigste sei, alternative, freiheitliche Forschungspraktiken zu entwickeln, die kulturübergreifende Forschungen ohne Unterdrückung und Manipulation ermöglichen.

„Perhaps the most important task of all would be to undertake studies in contemporary alternatives to Orientalism, to ask how one can study other cultures and peoples from a libertarian, or nonrepressive and nonmanipulative, perspective. But then one would have to rethink the whole complex problem of knowledge and power.“ (Said 1995: 24)

Detailreich ausgearbeitete ethisch-methodische Leitlinien für interkulturelle und interepistemische Forschungen habe ich bei einigen der Forschungseinrichtungen gefunden, die seit langer Zeit in Gebieten indigener Bevölkerung forschen. Diese Leitlinien sind das Ergebnis der Kämpfe der indigenen Gemeinschaften gegen den Diebstahl ihres Wissens und gegen ausbeutend-koloniale Forschungspraxis. Ein Grundprinzip dieser ethischen Forschung ist, dass die Kontrolle über den Forschungsprozess bei der indigenen Gemeinschaft liegt. Sie entscheiden über die Durchführung und können vom vereinbarten Konsens jederzeit zurücktreten. Es gibt eine Verpflichtung, etwas zurückzugeben. Mindestens müssen die Forschungsergebnisse einen Nutzen für die indigene Gemeinschaft haben und auf verständliche Weise präsentiert werden (vgl. Australian Institute of Aboriginal and Torres Strait Islander Studies 2011; University of Saskatchewan 2008). Die Beachtung ethischer Guidelines ist unumgänglich, aber nicht ausreichend (vgl. Smith 2008). Die Charta of Decolonial Research Ethics (Decoloniality Europe 2013) ist eine institutionenübergreifende Ausarbeitung, in der auch eine Skepsis gegenüber ethischen Leitlinien, insbesondere jenen der American Anthropological Association (vgl. American Anthropological Association Commission on the Engagement of Anthropology with the US Security and Intelligence Communities 2009), ausgedrückt wird, weil diese meist dazu beitragen das „white political field“ (ebd.: 1) zu verteidigen. Der Begriff „white political field“ bezieht sich auf den Raum, die Zeiten und politischen Logiken, die den Kern imperialistischer Staaten oder des globalen zwischenstaatlichen Systems ausmachen. Entsprechende Institutionen entstehen aus

historischen Kämpfen innerhalb der Gruppe der Weißen wie auch als Folgen der Monopolisierung des Politischen durch diese Gruppe (vgl. Decoloniality Europe: Decolonial Key Concepts).

„In these ethical codes, the privilege of making ethically informed decisions is given to the researcher, and so all ethics are suspended in the moment the researcher is out of ‚the field‘. The logic that the researcher collects information to take to the university to analyse remains untouched, the privilege of the last word is successfully protected, and so is white imperial identity behind it.“ (Decoloniality Europe 2013: 5)

Die bedeutendste Grundlage für konkretere Einblicke in Möglichkeiten der Umsetzung einer dekolonial umgewälzten Epistemologie ist für mich das Buch *Decolonizing Methodologies* von Linda Tuhiwai Smith (2008). Dazu kommen weitere Beiträge aus der dekolonialen Bildungsforschung, die Smith mit herausgegeben hat (Denzin/Lincoln-Smith 2008) oder die sich auf Smith beziehen (Mutua/Swadener 2004; Bishop 2005). Smith stellt fest: „The mix of science, cultural arrogance and political power continues to present a serious threat to indigenous people.“ (Smith 2008: 99) Sie begreift ihre Arbeit als Teil eines internationalen Projektes der Dekolonialisierungspolitik der indigenen Bewegung, in dessen Rahmen sie übernimmt, Indigene Methodologie, indigenes *researching back* und Forschung von Indigenen für Indigene zu entwickeln. „[I]ndigenous communities [...] are not only beginning to fight back against the invasion of their communities by academic, corporate and populist researchers, but to think about, and carry out research, on their own concerns.“ (Ebd.: 39).

Forschung hat für Indigene als Kampfgebiet eine Bedeutung (vgl. Smith 2008: 39). Während der „Decade of the World’s Indigenous Peoples“ (1994-2004) haben indigene Forscher*innen einen Angriff größten Ausmaßes gegen westliche Epistemologien und Methodologien ausgeführt („a full-scale attack was launched“) und die Dekolonialisierung der wissenschaftlichen Praktiken gefordert (vgl. Denzin/Lincoln 2008: 3). In der dritten Auflage des von Denzin und Lincoln herausgegebenen *SAGE Handbook of Qualitative Research* (2005) wurden mehrere Beiträge zu indigener Methodologie aufgenommen (u.a. Bishop 2005; Smith 2005). Außerdem hat Linda Tuhiwai Smith zusammen mit Norman Denzin und Yvonna Lincoln 2008 ein Handbuch kritischer und indigener Methodologien herausgegeben, denn, so erklären sie, indigene Forscher*innen könnten kritischen Theoretiker*innen zeigen, wie diese ihren Methodologien eine Anbindung auf der lokalen Ebene geben können („to ground their methodologies at the local level“, Denzin/Lincoln-Smith 2008: x).

Smith entwirft eine indigene Forschungsagenda, die eine Systematisierung und Anerkennung für diejenigen Forschungsmethoden und Techniken der Datensammlung und -analyse bietet, die bereits in den indigenen Gemeinschaften praktiziert

werden und die epistemologisch und methodologisch in indigene Denkweisen, Werte, Sprache, Haltungen und Praktiken eingebunden sind. Ihre Agenda ist Teil eines internationalen Projektes und doch geht es vor allem darum, die kleinen, bereits bestehenden lokalen Praktiken zu achten und als Forschung anzuerkennen. Oft werden Projekte, die aus den drängenden Fragen und Bedürfnissen der Gemeinschaften mit eigenständigen Methoden und kulturell eingebunden entwickelt werden, von diesen selbst erst gar nicht als Forschung bezeichnet, „in case it provokes the scorn and outrage of ‚real‘ researchers“ (Smith 2008: 125). Der Mythos, dass Forschung eine hochspezialisierte, institutionalisierte und distanzierte Expertenarbeit ist, soll durchbrochen werden. „They search and record, they select and interpret, they organize and re-present, they make claims on the basis of what they assemble. This is research.“ (Smith 2008: 17)² Smith richtet sich mit ihrer Forschungsagenda vor allem an indigene Forscher*innen. Die Forschungsagenda stellt die Selbstbestimmung in den Mittelpunkt und verbindet Forschung mit sozialer Verantwortlichkeit („research will ‚benefit mankind‘“; ebd.: 117).

Smith vermittelt das Maori-Wissenssystem und die Legitimität und Gültigkeit/Validität des Maori-Wissens. „[R]esearchers actively decenter the Western academy as the exclusive locus of authorizing power that defines research agenda.“ (Mutua/Schwadener 2008: 38) Diese Bewegung zur Dekolonialisierung von Forschung und Wissen ist nicht einheitlich, sondern vielfältig, zahlreich und stark (vgl. ebd.). Sie wird in Hunderten von Sprachen und Kommunikationsformen ausgedrückt:

„[...] in song, oral storytelling, dance, poetry, and rituals. Such voices use performative styles, reflecting an array of indigenous epistemologies that go far beyond prevailing Western academic styles and venues for dissemination, resisting external definitions of what is of worth, and often reflecting relational versus individualistic constructions of human beings and other creatures.“ (Mutua/Schwadener 2008: 39)

Anna Agathangelou und Lily Ling (2009), die den postkolonial-feministischen Forschungsansatz *Worldism* entwickelt haben, erkennen darin diese multiplen Epistemologien und Ausdrucksformen von Wissen an, um eine neue Grundlage für die Forschung von Fragen der Weltpolitik zu schaffen. Agathangelou und Ling begreifen die zahlreichen Epistemologien in einem Zusammenhang stehend, der durch Austausch und Konflikt gekennzeichnet ist. *Worldism* stellt ein herkömmliches

2 Nach der Definition der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) ist Forschung und Entwicklung „[a]ny creative systematic activity undertaken in order to increase the stock of knowledge, including knowledge of man, culture and society, and the use of this knowledge to devise new applications.“ (UNESCO Statistical Yearbook 2003: o.S.)

Verständnis von Methodologien grundlegend auf den Kopf. „Worldism helps us identify fiction, generally, and poetry, specifically, as exploratory methods for an emancipatory and culturally-resonant social science. We also consider the possibility that method itself is a form of fiction – one with direct political consequences.“ (Agathangelou/Ling 2005b: 1) Fiktion wird zur berechtigten Methode. Agathangelou/Ling gehen davon aus, dass es nicht die eine objektive Welt, sondern multiple Weltwahrnehmungen und Praktiken gibt. Eine Vielzahl an Weltbegrifflichkeiten und Wissenssystemen stehen demnach in Austausch- und Konfliktbeziehungen, sind von Macht – und Herrschaftsverhältnissen (race-gender-class-culture) durchzogen und werden in intersubjektiven Wahrnehmungen und Äußerungen reproduziert. Entgegen der Gewalt singulärer Begriffe, Theorien, Epistemologien und Methodologien schlagen Agathangelou/Ling Worldism als Konzept vor. „[W]hen the Other voices itself, neither Self nor Other, theory-building nor practical politics, can remain the same.“ (Agathangelou/Ling 2004: 45) Mit der Wertschätzung subjektiver Äußerungen, fiktionaler Texte und insbesondere von Gedichten, öffnen sie Forschung für neue Präsentationsformen von Wissen. Kritik, Sehnsüchte und Neuentwürfe für Formen politischen Lebens würden sichtbar.

„Poetry serves as a method or site of labour for transforming and reconstructing our worlds. [...] [P]oetry – whether in the form of folktales or songs or simple ditties – has expressed human needs, goals, aspirations, and desires from ancient to present times.“ (Agathangelou/Ling 2005a: 842)

Mit Fiktion oder Poesie als Methode wird nicht eine vereinheitlichte Interpretation angestrebt, sondern offene, kontroverse Debatten (vgl. Agathangelou/Ling 2005b: 12; Agathangelou/Ling 2005a: 843). Die beiden Autorinnen formulieren auch epistemologische Verpflichtungen, in denen die Rechenschaftspflicht einen zentralen Stellenwert bekommt. „What are we thinking/doing/being, at whose cost, and why?“ (Agathangelou/Ling 2004: 44)

SCHWIERIGKEITEN KULTUR-ÜBERSCHREITENDER FORSCHUNGEN IM NEOKOLONIALEN KONTEXT

Forschung ist immer eine machtvolle Intervention, die traditionell dem Forscher nützt sowie dem Wissensbestand der gesellschaftlich herrschenden Gruppe (vgl. Smith 2008). Die Machtdynamik, die immer in Forschungsbeziehungen besteht, muss wahrgenommen und reflektiert werden. „They have the power to distort, to make invisible, to overlook, to exaggerate and to draw conclusions, based not on

factual data, but on assumptions, hidden value judgments, and often downright misunderstandings“ (Smith 2008: 176).

Eher am Rande behandelt Linda Smith auch mögliche Forschungen im „cross-cultural context“ (Smith 2008: 173), das heißt, als Kooperationsprojekte mit Forschenden, die aus einer anderen (Wissens-)Kultur kommen. Weil ein tiefes Misstrauen gegenüber den Motiven und Methodologien westlicher Forscher*innen besteht, wird erwartet, dass diese den Nutzen einer Forschung detailliert „vorbuchstabieren“ („spell out“; ebd.: 118). Es ist sehr wichtig, die für alles Weitere grundlegende Annahme infrage zu stellen, dass einzelne Forscher*innen ein gegebenes Recht auf Wissen und Wahrheit haben. Smith listet zahlreiche Fragen auf, die gestellt werden müssen: als erstes die Frage danach, wer das Forschungsproblem definiert. In den weiteren Fragen geht es darum, für wen die Forschung relevant und wertvoll ist und welches Wissen die Gemeinschaft, in der geforscht wird, durch die Forschung erhält. Es muss beantwortet werden, was die positiven, aber auch mögliche negativen Auswirkungen der Forschung sind. Auch wird gefragt, wer die Forschung aufschreibt und wie die Ergebnisse verbreitet werden. Nicht zuletzt wird die Frage gestellt, wem gegenüber der/die Forschende rechenschaftspflichtig ist (vgl. ebd.: 173 sowie 10).

Das Eingehen von emotionalen, empathischen und reziproken Beziehungen mit Achtung und Sorge füreinander, in dessen Rahmen ein gegenseitiges Teilen von Wissen als Lernprozess stattfinden kann, ist grundlegend für dekoloniale, transkulturnelle Forschung. Die Beantwortung der von Linda Smith und ähnlich auch von anderen formulierten Fragen zum Sinn, Nutzen und Schaden der Forschung wie auch zur Rechenschaftspflicht der Forscher*in ist unumgänglich. Zudem muss von Beginn an, während des gesamten Verlaufs und insbesondere nach Abschluss der Phase, die herkömmlicherweise als Datensammlung im Feld oder Feldforschungsphase bezeichnet wird, eine umfassende Verständigung und Zustimmung stattfinden: über Fragestellung, Charakter, Vorgehensweise (Forschungsdesign), aber vor allem auch über die Ausformulierung der Ergebnisse und Publikationsformen.

Guter Wille ist nicht ausreichend, um Vorannahmen und Haltungen zu überwinden, die aus Jahrhunderten der Macht und Privilegien entstammen und die Sprachen und Bedeutungssysteme geschaffen haben, die nur in kleinen Bereichen in der Begegnung verschiedener globaler Lebenswelten hinweg geteilt werden können und in weiten Bereichen nicht gemeinsam sind. „Even good intentions by the dominant group are not always sufficient to enable their ears to hear and therefore for the other to speak.“ (Jones/Jenkins 2008: 478) Deshalb ist die Taubheit der Kolonisierenden eine Bedingung der kolonisierten Gesellschaft. „While usually unintentional, such dis-ability enables imposition on others in the name of development and engagement.“ (Ebd.: 478) Auch in Projekten der Zusammenarbeit sind die verbündeten Forscher*innen nur teilweise fähig, zu hören und zu sehen. Das Ziel kann auch nicht sein, die andere gesellschaftliche Gruppe als Objekt begreifbar zu machen.

„The indigene-colonizer collaboration – if we are open and susceptible – is a site of learning from difference rather than learning *about* the other. [...] It is openness to difference that can provoke meaning beyond our own culture's prescriptions – and lead to new thought.“ (Ebd.: 480, Herv. i. O.)

Die Begrenztheit des Verstehens ergibt sich nicht nur aus der unterschiedlichen Geschichte und den verschiedenen Erfahrungen, kulturellen Werten und Lebensweisen. Um vermeintlich zu verstehen, wird sich das Andersartige auf dem Hintergrund des vorhandenen Wissens erklärt und damit die/der Andere zum Objekt der eigenen Welt, des eigenen Verständnisbereiches reduziert. Wird jedoch eine Beziehung eingegangen, kann ich zuhören, aufmerksam dabei sein, mich überraschen und gefühlsmäßig berühren lassen. Die wahrgenommenen Unterschiede regen dabei ein Nachdenken über die eigenen Selbstverständlichkeiten, Generalisierungen und Begrenztheiten an. Es ist wichtig, die Verunsicherung zuzulassen. „What she brings me is the experience of difference. This experience confronts me with limits of my knowledge and learning, when I had no idea of their limits before.“ (Jones/Jenkins 2008: 479)

In Berichten dekolonialer Forschungen (bspw. Swadener/Mutua 2008) wird vielfach erklärt, dass es oft nicht sinnvoll ist, an einer Einteilung in „insider“ und „outsider“ für transkulturelle Forschungen festzuhalten (vgl. bspw. Jankie 2004). Stattdessen kann von „foreign researchers as the ‚allied other‘“ (Mutua/Swadener 2008: 38) gesprochen werden. An diese Anbindung von Forscher*innen, die aus einer anderen (Wissens-)Kultur kommen, sind zahlreiche bereits genannte Bedingungen geknüpft. So sehr diese dekolonialen Leitlinien, Prinzipien oder indigenen Forschungsagenden eine Orientierung sein müssen, wird die Umsetzung diesen Vorgaben oft nicht in jedem Detail entsprechen. Wenn wir bestrebt sind, diese radikal dekolonial umgewälzten ethischen und methodologischen Werte anzuwenden, werden wir uns aller Voraussicht nach dabei dreckig machen.

Beth Blue Swadener schaut auf viele Jahre Erfahrung mit dekolonialer Forschung – die sie vorher „partnership research“ (Mutua/Swadener 2008: 35) nannte – zurück, bestrebt, die Stimmen und Weltsichten der kenianischen Lehrer*innen in den Vordergrund zu rücken, mit denen sie bei dieser Forschung im Bildungsbereich zusammenarbeitete. Als europäisch-amerikanische Frau mit zahlreichen Privilegien arbeitet sie daran, Unterdrückung zu verlernen: „I have actively interrogated ways in which my work may be reproducing colonial, exploitative, or oppressive patterns and relationships.“ (Ebd.: 35) Viele Jahre arbeitete sie mit erstellten Leitlinien für dekoloniale Forschung, die in „insider“ und „outsider“ als Partner*innen unterschieden und relativ eindeutige Vorgabe machten, unter anderem die Co-Autorenschaft für alle Veröffentlichungen, die aus der Forschung resultieren. Zu den Vorgaben gehörte auch die Verbreitung der Ergebnisse bei den lokalen Beteiligten in einer Weise, die für diese eine Relevanz hat. Das umfasst auch, Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen, um Publikationen im Land der

Forschungsdurchführung verbreiten zu können. Swadener ging später dazu über, den Komfort solch regel-gesteuerter dekolonialer Forschung über Machtungleichverhältnisse hinweg infrage zu stellen. Die Forschungen seien komplex und könnten nicht alles vollständig in der angestrebten Weise umsetzen. „I have confronted the likelihood that decolonizing research is a messy, complex, and perhaps impossible endeavor – yet have affirmed that attempting to decolonize one's work is a project worth pursuing.“ (Ebd.: 36) Sie kommt zu der Schlussfolgerung, dass dekoloniale Forschungen die Möglichkeiten eines individuellen Bestrebens überschreiten. Kollektive oder Allianzen seien erforderlich, die dekoloniale Projekte zu ihrem Anliegen machen. Doch darf deshalb der Versuch, die eigene Arbeit zu dekolonialisieren, nicht aufgegeben werden, betont Swadener.

Es ist von größter Bedeutung, Wissen/-schaft zu dekolonisieren, die multiplen weltweit bestehenden Epistemologien und Weltverständnisse anzuerkennen und die vielen, die kolonial marginalisiert werden, nach vorne zu rücken. Dabei wird das westliche Wissenschaftssystem auf die lokale Bezogenheit und Partikularität verwiesen, die allen Wissenssystemen eigen ist. „Recognizing the localness of science subsumes many of the previously supposed limitations of other knowledge systems compared with Western science.“ (Watson-Verran/Turnbull 1995: 116) Die verschiedenen lokal bezogenen Teile stehen in einem Austausch, der derzeit machtvoll das europäische System überordnet und andere Wissensformen delegitimiert. Indigene bzw. Menschen mit Kolonialisierungserfahrung wehren sich an vielen Orten weltweit gegen ausbeutende Forschung und entwickeln ihre eigenen Forschungsagenden und Forschungspraktiken. Es ist wichtig, sich als im westlichen Bildungssystem geprägte und mit Privilegien ausgestattete Europäer*innen an der Dekolonialisierung von Forschung zu beteiligen. Trotz aller Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit sollten wir nicht zögern, uns in diesem unsicheren Terrain zu bewegen, wenn wir danach streben, zum „allied other“ in diesen Kämpfen um Dekolonialisierung der Wissensformen – und nicht nur dieser – zu werden. [A]lliances across complex differences and power matrices are difficult but have never been more important than now.“ (Cannella/Manuelito 2008: 46)

„[W]ithin decolonizing projects, the possibilities of forging cross-cultural partnerships with, between, and among indigenous researchers and ‚allied others‘ and working collaboratively on common goals that reflect anticolonial sensibilities in action are important facets of decolonization.“ (Mutua/Swadener 2008: 31)

Der soziale und der epistemische Ort müssen nicht zusammenfallen, betont Ramón Grosfoguel (vgl. Grosfoguel 2011a). Wer auf der unterdrückten Seite von Machtverhältnissen lebt, wird nicht automatisch von einer subalternen Erkenntnisposition aus epistemisch denken (vgl. ebd.: 5). Grosfoguel vertritt die Ansicht, dass auch privilegierte Weiße dekolonial wissenschaftlich arbeiten können. Sie müssten dafür

die Perspektive der Menschen mit Kolonialisierungserfahrung einnehmen und die Epistemologien des Südens sehr ernst nehmen. Grosfoguel und andere dekoloniale Denker*innen betonen wie wichtig es ist, von wo aus gedacht wird. Zudem ist es wichtig, dass diejenigen, die in den bestehenden Wissen-Macht-Verhältnissen privilegiert werden, den Raum für interepistemischen Dialog, für Gespräche und forschendes Lernen mit Bescheidenheit betreten. Wir haben nicht nur viel zu verlernen und neu zu lernen. Wir sind es auch gewohnt, Lösungen zu haben und Unterstützung zu geben und damit eine Rolle einzunehmen, die nicht angemessen sowie eurozentrisch ist. Neben der epistemischen Positionierung, also die Perspektive und die Erkenntnisweise der Menschen mit Kolonialisierungserfahrung einzunehmen bzw. nach vorne zu rücken, ist eine politische Positionierung als Teil der umfassenden Kämpfe für die Dekolonialisierung der Wissens-/Weltverhältnisse grundlegend für dekoloniale Wissenschaft.

RELATIONALE EPISTEMOLOGIE

Im Gegensatz zur weiterhin als wissenschaftliches Ideal gelehrt Forschungsagenda eines distanzierten, nicht involvierten Forschers, der neutrale Daten sammelt, prüft und Fakten in individuell gekennzeichneten Publikationen sachlich präsentiert und bewertet,³ gehört es zur Grundlage einer indigene Forschungsgesellschaft, wie beispielsweise der Kaupapa Maori Forschung (Smith 2008; Bishop 1998; Bishop 2005), dass ein*e Forscher*in empathisch und emotional begreifbar ist und soziale Verbindungen eingeht, in denen Wissen gegenseitig ausgetauscht werden kann.

Eine solche Epistemologie der Beziehungen („relational epistemology“, Bishop 2005: 118) und des teilnehmenden Lernens/Wissens („participatory mode of knowing“, Denzin/Lincoln 2008: 14) betont Fürsorge, den Wert der individuellen Ausdrucksweise, die Fähigkeit zur Empathie, das Teilen von Emotionalität und die persönliche Rechenschaftspflicht (ebd.: 15). Der/die Forscher*in wird persönlich zur Rechenschaft gezogen. Diese Verantwortung hat er/sie nicht gegenüber einer entfernten wissenschaftlichen Disziplin oder Institution, sondern gegenüber denjenigen, mit denen (über die) er/sie forscht.

Die Etablierung ehrlicher, respektvoller gegenseitiger und nicht ausbeuter Beziehungen, in denen sich die Personen mit ihrem kulturellen, persönlichen und projektbezogenen Hintergrund offen zeigen, wird als essentielle Grundlage für eine Forschung gesehen. Das wird bei Smith (2008) in allen Beschreibungen, nicht nur

3 Auch qualitative Forschungsdesigns gehen häufig von vergleichbaren Grundlagen aus und halten daran fest, dass das empirische Material Objektivitätskriterien entspricht und geeignet ist, eine Hypothese zu überprüfen.

für cross-cultural Forschungen, deutlich. Fürsorglicher Umgang miteinander ist nicht allein für den Moment des Forschungskontaktes wichtig:

„At a general level insider researchers have to have ways of thinking critically about their processes, their relationships and the quality and richness of their data and analysis. So too do outsiders, but the major difference is that insiders have to live with the consequences of their processes on a day-to-day basis for ever more, and so do their families and communities.“ (Smith 2008: 137)

Linda Tuhiwai Smith (2008) beschreibt deshalb für die Maori in Neuseeland wie ein*e Forscher*in auch mit zunächst unerwarteten Fragen konfrontiert wird: „Is her spirit clear? Does he have a good heart? What other baggage are they carrying? Are they useful to us? Can they fix up our generator? Can they actually do anything?“ (Ebd.: 10) Kontakte von Angesicht zu Angesicht sind wichtig, wie auch Bescheidenheit. Zwei weitere Aspekte, die von westlichen Forschenden häufig nicht oder unzureichend beachtet werden, sind „sharing of knowledge“ und „reporting back“ (ebd.: 15). Das ist nicht mit der Überreichung eines Berichtes erledigt. Es geht um Reziprozität, Feedback und Zurückgeben, um Bestandteile respektvoller Beziehungen. Die theoretischen und methodologischen Hintergründe der Forschung können als Wissen geteilt werden, statt an deren Stelle ein paar Informationen und Ergebnisse weiterzugeben. Dies kann und sollte in einer Sprache erfolgen, die der Kultur und dem Kontext angemessen ist, und in einer Weise, die für die Menschen von Bedeutung ist, die zur Forschung beigetragen haben.

„[S]haring is about demystifying knowledge and information and speaking plain terms to the community. Community gatherings provide a very daunting forum in which to speak about research [...] with laughter, deep reflection, sadness, anger, challenges and debate. It is a very skilled speaker who can share openly at this level within the rules of the community.“ (Ebd.: 161)

Russell Bishop (2005), der wie auch Linda Smith über den Kaupapa-Maori-Forschungsansatz schreibt, sieht im Whakawhanaungatanga, dem Prozess ein Whānau, eine erweiterte Familie, aufzubauen, eine metaphorische Orientierung für die Initiierung einer Forschungsgruppe. Es geht dabei um die Herstellung von körperlicher Verbindung, Engagement, Verbindlichkeit und Verpflichtung für andere Menschen. Nicht die Arbeit, das Forschungsprojekt oder der akademische Titel sind von Bedeutung, sondern die Verbindung zu den Menschen und zum Land.

„[T]o use the term whānau is to identify a series of rights and responsibilities, commitments and obligations, and supports that are fundamental to the collectivity. [...] warm interpersonal interactions, group solidarity, shared responsibility for one another, cheerful cooperation for

group ends, corporate responsibility for group property, and material or nonmaterial (e.g. knowledge) items and issues.“ (Bishop 2005: 119)

Der Whānau, die erweiterte (Forschungs-)Familie, ist ein Ort für Kommunikation und um gemeinsam geteiltes Verständnis und Bedeutung herzustellen. Das, was die Gruppe erreicht, wird gemeinsam und nicht individuell vorgezeigt (ebd.). Nicht das konkrete Forschungsdesign oder ein spezieller Ansatz, mit Whakawhanaungatanga oder in anderer Form, sind gemäß Bishop letztlich entscheidend. Wichtig ist die Art der Beziehungen zu den Menschen, mit denen die Forschung durchgeführt wird. Die Selbstbestimmung im Forschungsprozess zu stärken, ist dabei zentral. „What is fundamental is not the approach per se, but rather establishing and maintaining relationships that address the power of the participants for self-determination.“ (Bishop 2005: 126) Relationale Epistemologie meint eine Form von Wissensaneignung, die Wissen als sozial und durch körperlich eingebundene Personen konstruiert versteht, die in gegenseitigen Beziehungen stehen. Wissen ist nicht losgelöst vom körperlichen Dasein und von der Teilnahme an sozialen Beziehungen.

„This participatory mode of knowing privileges sharing, subjectivity, personal knowledge, and the specialized knowledges of oppressed groups. It uses concrete experience as a criterion for meaning and truth.“ (Denzin/Lincoln 2008: 14)

Die Beziehungen bilden die Grundlage für Austausch, Verständnis und Lernen trotz der unterschiedlichen Wissenszugänge. Erkenntnis, die cross-cultural auf dieser Basis entsteht, verstehe ich als nicht einer der beteiligten Personen/Seiten zugeordnet. Durch die Beziehungen entsteht Erkenntnis, neues Wissen „an der Grenze“. Dieses Wissen ist Ausdruck des Lernens in der Beziehung, die durch gegenseitige Fürsorge geprägt ist.

ETHISCH-METHODISCHE FORSCHUNGSGESTALTUNG

Für dieses dekoloniale Forschungsprojekt war ein grundlegendes Kriterium, antikolonialen Ansätzen und Bewegungen durch die Forschung nicht zu schaden, sondern möglichst gemeinsam mit diesen eine Forschung zu entwickeln, die für eine Dekolonialisierung von Wissen und eine weitergehende dekoloniale Praxis sinnvoll oder förderlich ist (vgl. Charter of Decolonial Research Ethics 2013). Zentral für eine dekoloniale Forschung und die vorliegende Arbeit ist der (tendenzielle) Wechsel der Subjektposition im Forschungsprozess – mindestens als Orientierung auf dem Weg. „[T]he unsettling of where epistemic authority lies between ‚researcher‘ and ‚subject‘ is a necessary part of [the decolonizing project].“ (Sabaratnam 2011: 801)

Eine hauptsächliche Aufgabe bei dieser Forschung war dementsprechend, diese Verschiebung der epistemischen Autorität in der Praxis umzusetzen. Es geht nicht darum, gut gemeint, aber unreflektiert anderen eine Stimme zu geben. Die Folge davon könnte sein, erfahrenes Wissen wohlmeinend zu interpretieren und vermeintlich besser als die Betroffenen selbst zu repräsentieren, als deren Vertreter*in und selbst ernannte Fürsprecher*in. Dies wäre eine Form von Wissensausbeutung und Überlegenheitsdenken, die ich ausdrücklich ablehne. Re-Präsentation meint hier (vor allem) darstellen und nicht vertreten (zu der Bedeutung dieser beiden Aspekte von Repräsentation vgl. Spivak 2011). Insofern ist meine Rolle als Forscherin die einer (Ver-)Mittlerin – nicht als Vermittlerin von Wissen als Daten oder als Objekt (-erfassung) an die akademische Institution, sondern als Vermittlerin zwischen Epistemologien und deren Rationalitäten. Meine Arbeit sehe ich als einen Beitrag, das Wissen der Aktivist*innen in Afghanistan in seiner eigenen Rationalität in die Debatte in Europa – konkret im deutschsprachigen Raum – einzubringen und mit seiner nicht kompatiblen Unterschiedlichkeit zum verbreiteten, dominanten Wissen zum Konflikt in Afghanistan ein Nachdenken zu provozieren.⁴

Ich bin dabei kein neutrales Sprachrohr. Ich erstens nicht neutral, weil die Forschung positioniert ist. Ich versuche, die Perspektiven derjenigen einzunehmen, die einen politischen Diskurs und Handlungen gegen die neo-koloniale Interventionspolitik in Afghanistan und deren direkte Auswirkungen entwickeln. Ich nehme also eine Perspektive der Kolonialisierten ein. Doch – und das ist der zweite Aspekt nicht bestehender Neutralität – dieser Perspektivenwechsel bleibt durch meine Repräsentation beeinflusst bzw. diese wird durch meine Formulierungen und meine Auswahl gestaltet. Meine Darstellung der afghanischen Organisationen ist nur möglich durch die Begegnungen, die eingegangenen Beziehungen, die (Forschungs-)Gespräche und weitere gemeinsame Erfahrungen und Recherchen. Gleichzeitig ist sie geformt durch meine Wahrnehmung und die Begrenztheit meines Verständnisses vor dem Hintergrund meiner bisherigen Erfahrungen, meiner Bildung, meiner kulturellen und vielfachen Prägungen, meiner Körperlichkeit als weiße Frau, meiner Sprache und meines politischen Denkens. Ich bin diesen Prägungen nicht passiv ausgeliefert. Auch wenn ich nicht alles bewusst wahrnehmen und reflektieren kann, so treffe ich doch Entscheidungen und ich kann lernen. Dazu gehört das Lernen über historische Erfahrungen, kulturelle Besonderheiten, Lebensbedingungen, gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse, aber vor allem auch lernen, den eigenen Eurozentrismus zu erkennen und zu verändern.

4 Neben meiner Präsentation unter anderem in diesem Buch organisiere ich Vortragsreisen und Workshops mit Online-Gesprächen in Deutschland mit den Vertreter*innen der afghanischen Organisationen, bei denen diese sich selbst präsentieren.

„[O]ne may never be able to fully erase the sedimentations of Eurocentric knowledge, which in some ways goes to the very heart of the practice of professional scholarship. But, there is a distance to go before that last issue becomes a problem.“ (Sabaratnam 2013: 274)

Repräsentation ist immer subjektiv und immer politisch. Hier ist sie ein Ausdruck der intersubjektiven persönlichen und politischen Begegnung im Forschungsprozess. Dabei ist es äußerst wichtig, welchen wissenschaftlich-ethischen und politischen Kriterien gegenüber ich mich rechtfertige. In der Charter of Decolonial Research Ethics, die im Mai 2013, demnach zu einem späten Zeitpunkt für dieses Forschungsprojekt, herausgegeben wurde, wird vieles von dem, was mir auch vorher bereits eine Orientierung war, noch pointierter und konsequenter formuliert. In der Präambel heißt es dort: „Academic knowledge production protects white privilege [...] One of the most salient ways in which this happens is through methodology. [...] Academic research allows people to become the ‚authority about‘ others [...].“ (Decoloniality Europe 2013: 1) Auch Edward Said hatte bereits in *Orientalism* (1978) die Notwendigkeit gesehen, die intellektuelle Autorität westlicher Forscher über Asien und den Mittleren Osten („den Orient“) zu analysieren. Mit der dekolonialen Ethik-Charta werden die Privilegien, die Forscher*innen eine Autorität zu Aussagen „über die Anderen“ zugestehen und das „white political field“ (Decoloniality Europe 2013: 1) verteidigen, als Probleme benannt und Prinzipien formuliert, die gegen diese Privilegien arbeiten. Das entscheidende Problem mit Forscher*innen, die „eine Stimme geben“, „zuhören“ und partizipatorisch „mit“ Menschen arbeiten wollen, die sich auch gegen Unterdrückung und Rassismus aussprechen und sich als „decolonial“ arbeitend begreifen, ist gemäß der Charta, dass ethische Vorschriften aufgegeben werden, sobald die Informationen gesammelt sind (vgl. Decoloniality Europe 2013). Neben vielen anderen Prinzipien, die unter anderem verlangen, dass das Problem, die Fragen, der theoretische Rahmen und der Kontext der Forschung nur gemeinsam mit den Forschungssubjekten formuliert werden können und dass die Zustimmung zur Durchführung jederzeit zurückgenommen werden kann, wird deshalb auch der Verzicht auf das Privileg des letzten Wortes als zentral für den dekolonialen Charakter von Forschung angesehen. „The privilege of the last word refers to the act of saying things about realities of others without caring for these people’s priorities, analyses and struggles.“ (Ebd.: 5) Hierbei handelt es sich um ein verstecktes, sehr schädliches Privileg. Deshalb verlangt die dekoloniale Forschungsethik, dass nichts ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis durch die Forschungssubjekte veröffentlicht werden darf. Ein Peer-Reviewing-Verfahren mit der dekolonialen Bewegung, mit der sich für die Forschung verbündet wurde, muss eingehalten werden (vgl. ebd.).

Nach diesen ethischen Kriterien ist es notwendig, eine Seite einzunehmen. Damit ist nicht gemeint, eine Forschung über eine soziale, dekoloniale Bewegung zu machen und sich dabei in die Nähe der Beforschten zu stellen oder diese Forschung

als Solidarität mit der Bewegung zu bezeichnen. „Decolonial research is not close to decolonial struggles located outside of the academic realm, nor in solidarity with them. Decolonial research is existentially and politically committed to decolonisation.“ (Decoloniality Europe 2013: 3) Demnach ist die Positionierung der Forschung als Teil der Kämpfe für Dekolonialisierung und für deren Ziele entscheidend.

Ramón Grosfoguel spricht davon, dass die „verwestlichte“ Epistemologie reproduziert wird, wenn sich nicht klar gegen diese dominierende Epistemologie entschieden und in dieser Hinsicht ohne klare Entscheidung gehandelt wird (vgl. Grosfoguel 2011a). Aufgrund der Langsamkeit von Forscher*innen, die Bedeutung verschiedener Kulturen (Wissenssysteme) anzuerkennen, so Russell Bishop (2005), bleibt die Kontrolle über die Legitimation und Repräsentation innerhalb der Domäne neokolonialer Paradigmen erhalten. Die Initiierung und die Recht fertigung bleiben in einem westlichen Kulturrahmen situiert (vgl. ebd.: 111). „As a result, key research issues of power relations, initiation, benefits, representation, legitimization, and accountability continue to be addressed in terms of the researchers' own cultural agendas, concerns, and interests.“ (Ebd.: 110) Es geht Bishop nicht um einen reduzierten Multikulturalismus, sondern um die weltweite Vielzahl kulturell verschiedener Wissenssysteme, die durch bestehende Macht verhältnisse keine Anerkennung erfahren.

KOLONIALE INTERVENTIONSKULTUR IN KABUL

Kolonialismus wie auch Neokolonialismus sind unter anderem durch die Konstruktion von andersartigen Lebensweisen und Kulturen charakterisiert, die in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen. Die von außen intervenierende „Kultur“ behauptet eine Überlegenheit – entwickelt, liberal, stabil, zivilisiert – gegenüber der Lebensweise in dem Land, das „wiederaufgebaut“ wird. Das drückt sich in sehr ausgeprägter Form im Aufeinandertreffen bzw. in der geschaffenen Segregation von Lebensbereichen in der afghanischen Hauptstadt Kabul seit der Intervention 2001 aus.

Die Welt der NGOs (Non-Government Organizations), GOs (Government Organizations) und International Organisationen (IO) präsentiert sich sehr offen kolonial geprägt mit erschreckend harmonischem Einvernehmen über das gemeinsame Wirken am Entwicklungsprojekt Afghanistan, ob als Diplomat*in, Berater*in, Wirtschaftsvertreter*in, Entwicklungshelfer*in, Sozialwissenschaftler*in, Polizeiausbilder*in oder im Militär. Es wird ein gemeinsam akzeptiertes Grundverständnis der Konflikt- bzw. Aufbausituation angenommen und sich gegenseitige bestätigt. Jennifer Fluri, die aus geografischer Perspektive die „racial and orientalist configuration“ (Fluri 2009: 987) und räumliche Segregation in Kabul untersuchte, stellt fest:

„There is a common epistemology (with some notable exceptions) among the (un)commonwealth [who identify themselves as ‚international community‘] that highlights modernity, modernization, and neoliberal economic and ‚democratic‘ political systems as preferable, progressive, and necessary for Afghanistan’s future.“ (Fluri 2009: 989)

Beschäftigungsverhältnisse der Internationalen wechseln häufig und auf kurzen Wegen, immer mit Aufstieg und noch besserer Bezahlung verknüpft, ein bestimmtes Tätigkeitsprofil ist nicht entscheidend. Einige Monate oder gar Jahre Arbeit im Kriegsgebiet Afghanistan und die entsprechende Zeile im Lebenslauf gelten als hervorragendes Karrieresprungbrett. Ich erinnere mich gut an eine entsprechende Gesprächssituation kurz nach meiner Ankunft in Kabul im Sommer 2010. Das Afghanistan Analysts Network (AAN) hatte anlässlich der Eröffnung eines neuen Bürogebäudes (ein Neubau im Stil eines großzügigen, freistehenden Einfamilienhauses mit Terrasse) zu einer Gartenparty eingeladen. „Einlass mit Namensliste. Dafür keine Taschenkontrolle. Wunderschöner Garten mit Rosen, Schattengängen, Pool, Musikbühne, Terrasse. Die Mauer nochmal um 2-3 Meter mit Metallwand erhöht.“ (Forschungsnotizen d. A., Kabul, 19.06.2010) Ein junger, weißer Mann, der als Entwicklungshelfer nach Afghanistan gekommen war, erzählte ganz entspannt bei einem Glas Wein von seinem neuen Job bei der UN in der Beschaffungsabteilung: Er müsse nun Waffen einkaufen, um UN-Einrichtungen effektiv und ethisch vertretbar gegen Protestierende verteidigen zu können. „Tränengas, non-lethal [nicht-tödliche] Waffen, Bärenabwehr. Teaser sind umstritten ... Die Wachen hätten keine Maschinengewehre, sondern nur einfache Schüsse, danach könnten sie ja nur noch zuschlagen mit dem Gewehr. Es werden Witze gemacht.“ (Ebd.)

Ein gemeinsam gepflegtes westliches Kultur- und Nachtleben schafft Verbindungen. „The consumption of alcohol and carnival-like atmosphere of international restaurants and parties typify one aspect of the (un)commonwealth [...].“ (Fluri 2009: 992) Die ausgefallensteinen „event or party pics“ werden regelmäßig im alle zwei Monate erscheinenden Hochglanz-Magazin für die Expat-Community *Afghan Scene* (gedruckt in Dubai, Auflage: 9.000) veröffentlicht, neben den Bildern und Berichten „heldenhafter“ Fotojournalisten. Jedes Heft ist gespickt mit meist ganzseitigen Anzeigen der teuersten Hotels, Restaurants und Fluggesellschaften, der westlich finanzierten Fernsehsender, des „Peace Dividend Trust“ für „Business Matchmaking services“ (Peace Dividend Trust, in: *Afghan Scene* 78-79/2011: 9) oder eine zum Anpreisen der neuen „250-person Life Support Area (LSA)“ – gemeint ist ein speziell geschützter Geschäfts- und Wohnkomplex „constructed to address all the requirements for living and business“ (North Gate LSA, in: *Afghan Scene* 73-74/2010: 34). Weiter gibt es Anzeigen von Anbietern von Klimaanlagen, mobilem Internet, von DHL, spezieller Technologie, Lebensversicherungen oder schussfesten Westen (vgl. *Afghan Scene* 78-79/2011 und 77/2010). In Kleinanzeigen wird Wohnraum zur Miete angeboten, ab \$ 7.999

aufwärts bis \$ 16.999 monatlich für sechs bis zwölf Räume mit ein oder zwei Küchen (vgl. Afghan Scene 78-79/2011: 67). Aufgrund der überteuerten Mietpreise ist die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung gezwungen, an die Stadtränder oder Berghänge zu ziehen, in Gebiete ohne Trink- und Abwasserversorgung.

Oft wird im Kabul Scene-Magazin die Gandamack Lodge als zentraler Begegnungsort der „Internationals“ genannt, auch um der „fallen heros“ (Afghan Scene 78-79/2010: 27) – nicht-afghanische Mitarbeiter der privaten Sicherheitsdienste – zu gedenken, nachdem diese ihr Leben verloren haben. Auf der Website des Gasthauses wird selbstbewusst ein Bezug auf die Kolonialzeit hergestellt: „The surroundings are colonial and the lodge offers a great intimate candle lit atmosphere. [...] The lodge still takes you back in time with its collection of guns, historical pieces, good furnishings, fine candlelit dinners and summer BBQs in the garden.“ (Website Gandamack Lodge, Rooms) Seit 2001 ist das Gandamack Lodge mit dem dazu gehörenden Flashman’s Restaurant bestrebt, die Kolonialatmosphäre mit einem historischen Bezug auf die britischen Kolonialkämpfe in Afghanistan zu pflegen. Die Namensgebung ist nicht zufällig: Harry Flashman ist die fiktionale Figur einer Romanserie und Kolonialsoldat, der in der Schlacht bei Gandamack gegen Afghanen kämpfte.

„With the money he made from the looting of Lucknow during the Indian Mutiny in 1858 he bought Gandamack Lodge in the Leicestershire countryside in England, and named it in memory of the British defeat at Gandamack and his own fortunate and lucky escape from that battle. Now Gandamack Lodge in Kabul is named after Flashman’s address.“ (Website Gandamack Lodge, Home)

Die Gandamack Lodge folgt mit dieser Namensgebung dem Beispiel der britischen Militärbasis in Kabul, die nach dem Kommandeur Thomas Souter des 44th Regiments benannt ist, der sich in der Schlacht bei Gandamack am 13. Januar 1842 die Fahne des Regiments um den Körper wickelte, um diese vor den angreifenden Afghanen zu retten (vgl. ebd.). Für die gegenwärtigen „Abenteuer“ versorgt die Gandamack Lodge seine Gäste auch mit Schutzkleidung: „The lodge also has body armour for rent.“ (Website Gandamack Lodge, Rooms)

In Kabul sind Orte entstanden, von denen Afghanen ausdrücklich ausgeschlossen sind. Eingangsschilder mit der Aufschrift „Foreign Passports Only“ oder enorm hohe Preise in Restaurants und Bars, in denen entgegen dem afghanischen Gesetz Alkohol ausgeschenkt wird, gewährleisten, dass dort die Expats in eine Afghanistan-freie Ausnahmewelt „entfliehen“ können.

„[T]here are women sipping cocktails in their bikinis around a pool. As an expat, I think it’s great because sometimes you need that escape.“ (HC zit. nach Fluri 2009: 992)

„Afghans aren't allowed into the restaurants because an Afghan man doesn't know how to act when he sees a woman in a bathing suit.“ (Paul, zit. nach ebd.: 992)

Diese „Fluchträume“ vor der afghanischen Kultur und Lebensrealität umfassen auch viele der internationalen Büros, Unternehmen und Wohnräume. „Inside the compounds, there is little hint that you are in Afghanistan.“ (Fluri 2009: 990) Strenge Sicherheitskonzepte, die strikt befolgt werden, verbieten das ungenehmigte Verlassen dieser ummauerten, von Stacheldraht umzäunten Gelände mit bewaffnetem Wachschutz. Wenn diese doch verlassen werden, dann nur in speziellen Fahrzeugen und zu einem anderen gesicherten sogenannten Compound. Ab und zu gibt es auch mehrtägige komplett Ausgehverbote. Afghanische Wohnhäuser zu betreten oder zu Fuß über den Markt zu gehen, ist in der Regel verboten. „I don't want to demonize the whole of the international community; however, there is a lot of arrogance. People are separated and segregated“ (Kathy zit. nach ebd.: 990). Diese Sicherheit durch räumliche Trennung wird als notwendiger Aspekt der Entwicklung von Kriegsgebieten betrachtet (vgl. Fluri 2009).

In diesen kolonial geprägten Räumen ist es kaum möglich, grundlegend abweichenden Analysen oder einer politischen Praxis zu begegnen, die antikoloniale Wege sucht. Die im Afghanistan Analysts Network (AAN) zusammen geschlossenen Forscher*innen sprechen die Landessprachen und haben viele Kontakte zu sehr unterschiedlichen politischen Akteuren im Land. Sie überschreiten den engen Kreis der englischsprachigen Gesprächspartner*innen und Texte und recherchieren Hintergründe für die Politikberatung und weitere Interessierte, auch zu Themen, wo andere nicht so genau hinschauen. Ich fragte deren Mitbegründer Thomas Ruttig, wen ich in meine Forschung einbeziehen sollte, wenn ich vermeiden möchte, mich erneut dem Vorwurf der zu subjektiven Auswahl auszusetzen, wie wenige Monate zuvor auf der Fachtagung „Wer sind die Taliban?“ der Ev. Akademie im Rheinland und der Universität Bonn (Bonn, 26.-28.03.2010), bei der wir uns begegnet waren. Wir befanden uns auf der erwähnten Gartenparty des AAN, er zeigte in die versammelte Runde und meinte, 80 Prozent der Anwesenden wären relevant. Zu diesem Zeitpunkt waren dies nur noch wenige Afghanen, jedoch keine afghanische Frau, sondern vor allem Europäer*innen und Nordamerikaner*innen, mehrheitlich Männer. Ich war verwundert, schien diese Antwort doch wie ein Beispiel der weit verbreiteten, subtilen Ausschlüsse, die den Rassismus und Sexismus anerkannter Methodologien fortsetzen.⁵

5 Thomas Ruttig hat an anderer Stelle auch marginalisierte Perspektiven beachtet, beispielsweise als er Vertreter*innen von Hezbe Hambastagi in ihrem Kabuler Büro aufsuchte und interviewte als diese von einem Verbotsverfahren bedroht waren. Er trat in seinen Veröffentlichung gegen ein Verbot der Partei ein.

Als Europäerin in Kabul, zudem mit meiner Anbindung an eine afghanische Menschenrechts-NGO (Afghanistan Watch), die sich als kritisch begleitender Teil und in Unterstützung des westlichen Interventionsprojektes begreift und davon finanziell abhängig ist, bestand ein Sog in diese (N)GO-Welt, die jede*n „Internationale*n“ in Kabul erfasst, wie mir bereits vor Anreise angedeutet wurde.

„[Y]our interlocutors will end up being the ‚usual suspects‘, the civil society activists and academics that speak (some) English and that are regularly in contact with the international community. Meeting these people will certainly give you enough information for your PhD, but it will not create new knowledge and/or contribute to the work of these organisations.“
(Sari Kouvo, International Center for Transitional Justice, E-Mail, 06.05.2010)

Deshalb brauchte es eine klare Entscheidung, mich Organisationen zuzuwenden und den Austausch mit Aktivist*innen zu suchen, „die sich unversöhnlich positionieren zur gegenwärtigen Regierung und zur internationalen Militärpräsenz wie auch zu allen Fundamentalisten⁶ – sowohl im legalen Bereich, insbesondere in staatlichen Institutionen, als auch zu denen der illegalen Gruppen“ (Exo 2010: 2). Mit diesen Worten habe ich diesen wichtigen Orientierungspunkt nach meinem Aufenthalt in Afghanistan im Sommer 2010 in einem Bericht für die Rosa-Luxemburg-Stiftung formuliert, die mich mit einem Stipendium förderte. Für meine zwei weiteren Aufenthalte in Afghanistan habe ich mich daran gehalten. Eine solche Positionierung macht es auch den afghanischen Organisationen leichter, mich und meine Arbeit einzuschätzen. Das ist vor allem für Organisationen wie RAWA wichtig, die große Sicherheitsprobleme haben und im Untergrund arbeiten müssen.

ANTI-KOLONIALE, ANTI-ISLAMISTISCHE BASISORGANISATIONEN VS. ZIVILGESELLSCHAFT

Mit dem Hilfskonstrukt „unversöhnlich“ – es handelt sich um keine Selbstbezeichnung, die von den Organisationen verwendet wird, die ich damit ausgewählt habe – verbinde ich auch eine politische Einmischung, die sich nicht einfügen lässt in das

6 Der Begriff Fundamentalisten wird in Afghanistan, insbesondere von Gruppen, mit denen diese Forschung durchgeführt wurde, am meisten gebraucht, um die islamistischen Organisationen zu bezeichnen und wurde von mir übernommen. Wenn die „fundamentalists“ der Mujaheddin-Fraktionen, die von 1992-1994 formal die Regierungsmacht hatten, jedoch untereinander einen Bürgerkrieg führten, von den Taliban als „ultra-fundamentalists“ unterschieden werden sollen, werden erstere als Jihadis bezeichnet (vgl. RAWA 2012: 336).

gewünschte und durch Entwicklungshilfe geförderte, zivilgesellschaftliche Handeln. Zivilgesellschaft wurde mit Beginn des sogenannten Bonner Friedensabkommens von 2001 technokratisch von außen gestaltet: Bereits parallel zum Afghanistan-Gipfel Ende November/Anfang Dezember 2001 in Bonn wurde dafür das Afghan Civil Society Forum (ACSF) in Bad Honnef initiiert. Erklärtes „Ziel von ACSF ist die Integration der afghanischen Zivilgesellschaft in den Friedens- und Wiederaufbauprozess ihres Landes, um so eine Rolle für zivile Akteure in der Umsetzung des Bonner Friedensabkommens zu schaffen“ (Schmeidl 2005: 10). Im Verständnis von Antonio Gramsci (2012) wird der Konsens der Regierten mit den grundlegenden Werten und Interessen des Herrschaftssystems vor allem über die Zivilgesellschaft hergestellt. Dies geschieht über Verhaltensmuster, die als sinnvoll und vernünftig erscheinen und damit eine gesellschaftliche Selbstunterwerfung bewirken, die neben Zwangsmitteln Herrschaft ermöglicht. Mit den zwei parallelen Konferenzen in Bonn Ende 2001 wurden somit gleichzeitig die staatlich-institutionelle und die zivilgesellschaftliche Hegemonie des neuen Regierungssystems in Afghanistan geplant.

Das Afghan Civil Society Forum (ACSF) war seit seiner Gründung Ende 2001 für internationale Akteure die Organisation, die als Repräsentant der Zivilgesellschaft angesprochen werden konnte. Die Themen von Dialogforen, die ACSF durchführte, „wurden auf Grund ihrer Relevanz für den Bonner Prozess“ (Schmeidl 2005: 11) gewählt: unter anderem „Trade & Private Investment“, „Collaboration between Government and NGOs“, „Civil Society Participation in Afghan Peacebuilding and Reconstruction“ (ebd.). Afiz Rafiee, der das unter anderem von der Schweizer Regierung finanzierte Afghan Civil Society Forum leitet, beschreibt das Capacity Building als den zentralen Aufgabenbereich des Netzwerkes, das 2009 über 300 afghanische Organisationen koordiniert: „[C]apacity building [...] we do for all our partners and for the government of Afghanistan as well.“ (Rafiee, ACSF, Interview, Kabul, 16.05.2009) Das ACSF ist offizieller Partner der Vereinten Nationen und der afghanischen Wahlkommission im Wählerbildungsprozess (vgl. Schmeidl 2005: 12). Im ganzen Land führen sie Programme der Staatsbürgerschulung („civic education“) durch „about democracy, civil society, citizen rights, women rights and many other topics, parliament, constitution – elections for example and other topics which is related to the civil society“ (Rafiee, ACSF, Interview in Kabul, 16.05.2009). Laut Susanne Schmeidl von Swiss Peace hat die politische Bildung dabei eine klare Ausrichtung: „Zusätzlich konzentrierte sich ACSF stark auf die politische Bildung, damit die afghanische Bevölkerung die Schritte des Bonner Abkommens verstehen und darin eine proaktive Rolle spielen konnte.“ (Schmeidl 2005: 11) Die Zivilgesellschaft wachse schnell in Afghanistan, so schnell wie die liberale Marktwirtschaft, die der Verfassung entsprechend verfolgt wird, erklärt Rafiee (vgl. Interview in Kabul, 16.05.2009). „One of the areas

that we are jumping in this year is Good Governance“ (ebd.), äußert Rafiee. Damit liegt ACSF ganz im Trend der international politisch dominanten Konzepte.

Der Begriff Capacity Building, der nicht nur in Afghanistan unhinterfragt der Praxis aller Entwicklungsprojekte modisch vorangeht, zeigt deutlich den pädagogischen Teilcharakter des militärischen Interventionsprojektes. Fähigkeiten müssen demnach erst ausgebildet werden. „Die AfghanInnen müssen weiterhin zur Mitarbeit animiert werden.“ (Schmeidl 2005: 15) Es wird in den Schulungen vermittelt, was Zivilgesellschaft bedeute: „Es bedarf weiterer und gründlicherer Aufklärung über Begriff und Rolle der ‚Zivilgesellschaft‘ (besonders die Eigenschaften des sozialen Engagements und Aktivismus sollten vermittelt werden).“ (Ebd.: 15) Das Afghan Civil Society Forum (ACSF) wird durch die Regierung oder durch Organisationen wie die UN angefragt, wenn die Perspektive der Zivilgesellschaft vertreten werden soll (vgl. ebd.). Beispielsweise repräsentierte das ASCF im Jahr 2008 auf der internationalen Afghanistan-Konferenz in Paris die afghanische Zivilgesellschaft (vgl. AREU: A to Z Guide 2010). Bei dieser „Paris Konferenz“ wurde die Afghanistan National Development Strategy (ANDS) verabschiedet.

Capacity Building der Zivilgesellschaft wird in Projektform entsprechend den Förderplänen ausgeführt. Nach kurzen Phasen der Schulung oder anderer Projekte werden die Menschen wieder sich selbst überlassen. Es geht nicht um eine Stärkung bei der Selbstorganisierung mit langfristiger Perspektive. „[Other organizations are] building capacity and leave them, it shouldn't be just for a project implementation, agencies are working with these people, implement their projects and then leave them.“ (Wardak, CAPAU, Interview, Kabul, 16.05.2009)

In einem Bericht zur Forschungsreise 2010 habe ich bezüglich der Erfahrung mit afghanischen Menschenrechtsorganisationen, insbesondere mit Afghanistan Watch, formuliert:

„Praktisch wird nur an die Regierung und die Vertreter der westlichen Staaten appelliert, doch nun endlich die Menschenrechte zu beachten und Gerechtigkeit eine Bedeutung beizumessen – trotz aller gegenteiligen Erfahrung von vielen Jahren. Es muss auch hinterfragt werden, welche oppositionelle Einmischung überhaupt möglich ist aus der Position einer bezahlten NGO-Arbeitsstelle, die doch zu 100 Prozent von westlichen Geldgebern, oft direkt Regierungsgelder, finanziert sind.“ (Exo 2010: 4)

Der Forschungsaufenthalt in Afghanistan im Sommer 2010, der in Anbindung an die afghanischen Menschenrechtsorganisationen Afghanistan Watch stattfand, war vor allem eine Erfahrung, um verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure unterscheiden zu können. Ich benutze den Begriff Zivilgesellschaft an dieser Stelle in einem weiten Verständnis, das verschiedene Formen gesellschaftlicher Selbstorganisierung mit einbezieht. Diese Unterscheidung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor allem auf den extern forcierten, marktwirtschaftlichen

schaftlich-liberalen Staatsaufbau bezogen sind, und den sich außerhalb dieses Konsens bewegenden Akteur*innen war eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung meiner weiteren Forschung. Ich gehe weiter unten (unter „Forschungsverlauf“) genauer auf die Auswahl der afghanischen Organisationen ein, die zu Forschungspartnern wurden. Bereits an dieser Stelle lässt sich sagen, dass die Auswahl der Forschungspartner*innen mit den hier dargestellten vier Organisationen sich in einem mühsamen Prozess mit Irr- und Umwegen entwickelte.

Die ersten direkten Kontakte im Mai 2009 zu allen vier später ausgewählten Organisationen, wurden aus verschiedenen Gründen 2010 nicht konkret fortgesetzt, obwohl es mit zwei dieser vier Organisationen eine Verständigung über eine Kooperation in der Forschung gegeben hatte. Eine sehr weit gefasste neue Suche nach Gesprächspartner*innen schien ufer- aber auch fruchtlos zu werden. Meine Kriterien waren schwach und unpräzise. Den Begriff „unversöhnlich“ fand ich am Ende meines zweimonatigen Aufenthalts in Afghanistan im Sommer 2010 nach einer langen Phase der zunehmend verunsicherten Suche in einem falschen Umfeld. Dieser Begriff half mir, mich zu entscheiden und zu positionieren. Diese radikal anmutende Unterscheidung erschien mir nach den Erfahrungen während dieses Forschungsaufenthalts notwendig. Ohne diese deutlich formulierte Festlegung wäre ich in den Sumpf der kritischen Begleiter und von der Intervention lebenden afghanisch-internationalen Welt der NGOs (Non-Governmental Organizations), GOs (Governmental Organizations) und IOs (International Organizations) eingesogen worden. Dann würde ich hier eine andere Sprache sprechen:

„Everyone who writes about the Orient must locate himself vis-à-vis the Orient; translated into his text, this location includes the kind of narrative voice he adopts, the type of structure he builds, the kinds of images, themes, motifs that circulate in this text – all of which add up to deliberate ways of addressing the reader, containing the Orient, and finally, representing it or speaking in its behalf.“ (Said 1995: 20)

Ich habe Kontakt zu Aktivist*innen und Bewegungen für meine Forschung gesucht, die – mit verschiedenen Mitteln und Schwerpunkten – für eine basisdemokratische Selbstorganisierung der Gesellschaft mit emanzipatorischen Zielen wie Geschlechtergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Freiheit von Fremdbestimmung und von Unterdrückung eintreten. Dabei interessierte mich die Frage, welche möglichen anderen Konzepte für Frieden bzw. für die zukünftigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Phase von Umbruch und Neugestaltungen nach der Intervention 2001 bzw. nach Jahrzehnten von Krieg und repressiver Herrschaft aus solch einer Perspektive formuliert und eingebracht werden. Das kann auch mit dem Begriff der freiheitlichen, anti-kolonialen Bewegung gefasst werden.

KOLONIALITÄT DES DENKENS

Diese Schwierigkeit der Auswahl der Organisationen für diese Forschung zeigt, wie groß die Tendenz als europäische*r Forscher*in ist, die Kolonialität des Denkens und Forschens nicht verlassen zu können bzw. dahin zurückgezogen zu werden. Kolonialität bezeichnet ein Machtmuster der kapitalistischen Moderne, das sowohl mittels direkter physischer Gewalt als auch mittels anderer Gewaltformen, die unter anderem an den Wissensverhältnissen ansetzen, nicht-europäischen Bevölkerungen unterordnen (vgl. Quintero/Garbe 2013). Die Kontinuität kolonialer Herrschaftsformen nach dem Ende kolonialer Verwaltungen wird damit ausgedrückt (vgl. Grosfoguel 2010). „[Wir] leben [...] immer noch in einer kolonialen Welt und müssen die engen Denkmuster über koloniale Beziehungen aufbrechen [...].“ (Ebd.: 320) Das Festhalten an kolonialen Denkweisen gilt vor allem angesichts der Forschung in einem Gebiet westlicher militärischer Intervention und damit in einem Kontext, der in jeder Weise von Krieg, Unterdrückung und (Neo-)Kolonialismus durchdrungen ist und damit Polarisierungen produziert. Die Ausgrenzung von nicht-konformen Personen und insbesondere von Feministinnen, die sich nicht in das Kriegs- und parallele Aufbaukonzept einbinden lassen, wird auf vielfältige Weise produziert. Ein Beispiel, dass die Verankerung der Legitimität solcher Ausgrenzungen in Kontext der Interventionsakteure zeigt, betrifft die Frauenrechtlerin Malalai Joya. Joya lehnt die Intervention als Besatzung ab und kritisiert die afghanische Regierung grundlegend. Am Stehtisch in der Pause eines Afghanistan-Fachgesprächs bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin wurde mir gegenüber die Bemerkung gemacht, ob ich nicht auch finde, dass „diese Person“, Malalai Joya, wahrscheinlich krank sei, etwas durchgedreht. Ich hatte mich zuvor im formalen Gesprächsteil in einem Wortbeitrag auf die Frauenrechtlerin bezogen. Beim Mittagessen bei Afghanistan Watch in Kabul lösten offene Fragen nach der feministischen Organisationen RAWA abfällige Schimpftriaden aus. Trotzdem wurde wiederholt geäußert, dass diese Organisation unbedeutend sei und keinen Einfluss habe. Manchmal wurde zur Delegitimierung jedoch auch bemerkt, RAWA sei mit ihrer radikalen und umfassenden Kritik schädlich und mache keine konstruktiven Beiträge.

Innerhalb der „internationalen Gemeinschaft“ der in Afghanistan Tätigen wird ein weiter, diffuser Konsens zwischen den verschiedensten westlichen bzw. westlich-orientierten Akteur*innen erzeugt. Eine zivile Friedensfachkraft, die mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Afghanistan arbeitete, hatte eine persönliche Vergangenheit in linken sozialen Bewegungen in Deutschland, doch sie war nicht bereit – auch nicht im persönlichen Gespräch –, ihre Kritik an der deutschen Entwicklungsarbeit zu äußern, weil dies das Bild der Deutschen in Afghanistan schädigen könnte. In Bezug auf öffentliche Äußerungen entsprach das einer

dienstlichen Verpflichtung, die jedoch überzeugt und über die Vorgaben hinaus mitgetragen wurde. Das positive Image sei für die Sicherheit wichtig und diese Person wollte nicht zur Verschlechterung der Situation der Soldat*innen der Bundeswehr beitragen, von denen sie sich auch persönlich beschützt sah (persönliche Gespräche im Jahr 2010).

Die allgegenwärtige Erwartung, sich der Gemeinschaft zugehörig zu fühlen, die unter Verzicht auf Annehmlichkeiten und unter dem Risiko eines Kriegsgebietes „Verantwortung wahrnimmt“ – wer sonst kommt aus dem Westen nach Afghanistan –, bedeutete auch, dass ich als ernstzunehmende Person und mit Interesse an meiner Arbeit angesprochen wurde: von Diplomaten, UN-Mitarbeiter*innen, NGO-Direktor*innen, Parlamentarier*innen, einem Militärsprecher, einem militärischen Spezialisten, einem Polizeiausbilder, einer Governance-Beraterin der britischen staatlichen Entwicklungsorganisation DFID (Department for International Development), einem Gouverneur u.a.m. Das passierte in vielen Fällen, ohne dass ich diese Kontakte gesucht hatte, z.B. am Flughafen oder bei Veranstaltungen. Nicht jedes Mal habe ich gleich klargestellt, wie grundlegend anders ich über die Situation im Land denke. Im Mitsprechen entstehen mitunter Einverständnisse, die immer schwerer zwischen taktischer Bequemlichkeit und Verlust eigener Distanz vom kolonialen Mitmachen auseinanderzuhalten sind.

Aber auch direkter von mir ausgehend gab es eine Kolonialität im Denken, die ich an einigen Stellen mit der Zeit erkennen konnte – und an anderen sicher nicht. Beispielsweise habe ich in Bezug auf einige Antworten, die ich in Interviewsituationen erhielt und die mir unverständlich waren, nicht gleich mein unzureichendes oder unpassendes Vorwissen hinterfragt und eine Vertiefung meines Verständnisses dazu gesucht. Stattdessen habe ich zunächst die Aussage meiner Gesprächspartner*in an diesem Punkt beispielsweise als schlecht informiert oder weit hergeholt abgewertet. Das betraf u.a. die Erklärung, dass die Taliban durch das US-Militär nicht ernsthaft bekämpft, sondern eher gestärkt werden. Die Forschung in Afghanistan war zu Beginn als ein zweites, weniger intensiv zu bearbeitendes „Fallbeispiel“ neben einer anderen Studie gedacht. Deshalb dachte ich, mein Projekt in Afghanistan auch ohne tiefe, die Geschichte des Landes einbeziehende Vorbereitung durchführen zu können. Das kann allgemein als schlechte Forschungsvorbereitung kritisiert werden, es ist aber auch durch die Kolonialität des Wissenssystems bedingt, die uns als westliche Studierende und Forschende vergessen lässt, wie wenig wir für eine dekoloniale Forschung qualifiziert sind. Es wird vermittelt, dass es zu einer guten Ausbildung gehört, Auslandserfahrungen zu machen, möglichst auch mit praktischer Arbeit oder Forschung. Die politische und ethische Fragwürdigkeit, die Hindernisse für mögliche Verständigung und das Ausmaß der Machtverhältnisse einer Forschung von Europa aus in Gebieten des Globalen Südens, werden in der Regel nicht ernsthaft thematisiert. Stattdessen scheint beinahe jedes Vorgehen letztendlich legitim zu sein. Ich bin im akademischen Kontext äußerst selten auf Reaktionen getroffen,

die Einwände angesichts meines Vorhabens geäußert haben. Es gab in einer Forschungswerkstatt sogar die Aufforderung, weniger eigene Bedenken in Bezug auf ethische und forschungsmethodische Fragen zu erheben und einfach los zugehen und meine Daten zu sammeln. Ohne Geschichtswissen konnte ich zu Beginn viele Verweise und Bezüge meiner Gesprächspartner*innen auf bedeutende Führungspersonen, Organisationen und geschichtliche Ereignisse, insbesondere seit Ende der 1970er Jahre, nicht verstehen. Mein Forschungskonzept war zunächst eng entlang des aktuellen Interventionsprojekts, an der Phase des Staats-/Friedensaufbaus seit Ende 2001 umrissen, und nicht entlang der Perspektiven derjenigen, deren persönliche und politische Lebenserfahrung ab 2001 von den verschiedenen Herrschafts- und Kriegsphasen davor nicht zu trennen ist.

Dekoloniale Forschung betont den Grundsatz des Zurückgebens, der auf sehr vielen verschiedenen Ebenen stattfinden kann. Oft können wir aus einer europäischen Sichtweise nicht gut einschätzen, an welchen Stellen ein Geben sinnvoll ist. Ich hatte in Kabul einer Organisation, mit der ich in Kontakt war, angeboten, während der Vorbereitung einer Demonstration zu helfen und eventuell Transparente mit zu malen – in der Annahme, damit etwas tun zu können, das entlastet und mit dem ich bereits Erfahrung habe. Die Gegenfragen zeigten mir, dass ich die nötigen Fähigkeiten für den afghanischen Kontext gar nicht hatte: Weder konnte ich mit arabischen Schriftzeichen in Dari schreiben, noch kannte ich mich mit den lokal gebräuchlichen Materialien und Techniken für die Herstellung von Transparenten aus. Ich wurde schließlich gebeten, während der Demonstration Fotos zu machen und diese in Deutschland oder Europa publik zu machen.

Andere baten mich, in Deutschland medizinischen Rat zu vorhandenen Diagnoseunterlagen einzuholen, ein Regionaltreffen mit einer Spende zu unterstützen, einen Präsentationsflyer zu erstellen, meinen mobilen Internet-Stick übernehmen zu können, einen finanziellen Beitrag für die medizinische Behandlung der mittellosen Nachbarin zu geben oder einen Entwurf für den Finanzierungsantrag eines Buchprojektes zu schreiben.

SCHREIBEN DEKOLONALISIEREN

Es war für mich eine lange Suche, um eine passende Darstellungsform für die schriftliche Ausarbeitung zu finden. Wie unter anderem Kagendo Mutua und Beth Blue Swadener (2004) beschreiben, ist der Versuch dekoloniale Forschung durchzuführen und aufzuschreiben, nicht nur durch den Mangel an dekolonialer Methodologie erschwert, sondern auch durch den Mangel an einer Forschungssprache, in der diese präsentiert werden kann (ebd.: 12). Auch Linda Tuhiwai Smith erörtert ausführlich das Problem des wissenschaftlichen Schreibens, denn Schreiben kann

gefährlich sein (2008: 36). Es ist eine wichtige Frage, wer das Schreiben übernimmt. Auch der Stil des Schreibens muss genau bedacht werden.

„[T]he methodologies and methods of research, the theories that inform them, the questions which they generate and the writing styles they employ, all become significant acts which need to be considered carefully and critically before being applied. In other words, they need to be ‚decolonized‘.“ (Smith 2008: 39)

Das Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens umfasst neben Terminologien und Methoden auch das Einüben eines bestimmten Stils des Schreibens bzw. der Präsentation von Wissen. Wir lernen zwischen Fakten und Fiktion, zwischen Literatur und Wissenschaft und zwischen objektiven und subjektiven Zugängen zu unterscheiden und diese Unterscheidung in Szene zu setzen (vgl. Singer 2005: 252). Ein konsequenter Versuch, die meist nicht ausgesprochenen Prämissen einer sich ort- und körperlos und universal gültig begreifenden Wissenschaftspraxis zurückzulassen, bedeutet auch die Suche nach einem neuen Präsentationsstil. Es ist schwer, den wissenschaftlichen Sprachstil nicht zu reproduzieren. Selten lesen wir Fachliteratur, die den vom Leben bereinigten, sachlichen Stil der Präsentation durchbricht. „Das Leben wird ausgeklammert aus dem Geschriebenen“ (Stitzel 2000: 142) und es findet eine „Abspaltung des wissenschaftlich Geschriebenen von dem wunderbaren, schillernden, chaotischen Leben“ (ebd: 142-143) statt.

Um die Forschung zu Fragen der Weltpolitik aufzubrechen für neue Zugangs- und Präsentationsweisen, die beispielsweise Gefühle und eine Vielfalt an Sinneswahrnehmungen einbeziehen, greift Roland Bleiker den „aesthetic turn“ für das Gebiet Internationaler Politik auf (Bleiker 2001; 2009; 1997). Dabei hat der Schreibstil große Bedeutung. „Writing styles are issues auf substance, sights of contestation. Any approach that attempts to resist the encroachment of thought by dominant and monological discursive practices must grapple with the question of style.“ (Bleiker 1997: 73)

Die Suche nach einer passenden Form der Präsentation hat im Verlauf dieser Forschung viel Raum eingenommen. Als ich gegenüber meinem damaligen Betreuer auf Nachfrage äußerte, dass ich ästhetisch präsentieren möchte, kam unmittelbar die Rückmeldung: „Das ist unwissenschaftlich und das geht nicht für eine Doktorarbeit.“ Ich habe mir daraufhin einen neuen Betreuer gesucht. An anderer Stelle habe ich formuliert:

„Es gibt immer eine Abweichung, eine Lücke zwischen dem Repräsentierten und der Repräsentation. Die begriffliche, sinnhafte Darstellung ist immer unvollständig und problematisch – ein Ort von Politik und Machtkämpfen. Ästhetische Ansätze gehen mit dieser Unvermeidlichkeit bewusst um und wählen eine Form für die subjektiv-interpretative Darstellung aus.“ (Exo 2015a: 290)

Weil Kunst und Wissenschaft als zwei verschiedene Systeme angesehen werden und für verschiedene Wissenskulturen stehen, hat künstlerische Forschung ein Selbstbewusstsein dazu entwickelt, „verfestigte Konventionen und Hierarchien in den unterschiedlichen wissenschaftlichen (bzw. Wissens-)Systemen, in denen Forschung angesiedelt ist, zu befragen, aufzubrechen, zu transformieren“ (Brandstetter 2013: 65). Indem eine Vielfalt von Wissensformen und Systemen des Wissens, ihre Dominanz, Marginalisierung wie auch Migrationen präsent gemacht werden, könne möglicherweise Fragen von Wissensmacht und Machtwissen begegnet werden (vgl. ebd.: 66).

Ästhetische Forschung geht von der Unmöglichkeit einer mimetischen, objektiv-rationalen, neutralen Wirklichkeitsabbildung aus. Mit der unvermeidlichen Unvollständigkeit und den Verwicklungen der/s Forschenden im Repräsentationsprozess, gehen ästhetische Ansätze bewusst um. Die gewählte Darstellungsform drückt auch aus, dass hier eine subjektive und interpretative Arbeit stattgefunden hat. „Die Präsentation [...] wird als wesentlicher Teil des Forschungsprozesses begriﬀen. Künstlerische Forschung problematisiert die Differenz zwischen Entstehung und Präsentation von Erkenntnis.“ (Peters 2013: 8) Dabei wird die Politik, die in jeder Forschung steckt, explizit gemacht, indem offen wird, dass eine subjektive Auswahl und Darstellung stattfindet. Damit findet eine direkte Begegnung mit dem Politischen der Forschung statt (vgl. Bleiker 2001).

Ästhetische Forschung wie sie beispielsweise von Helga Kämpf-Jansen entwickelt wurde, setzt bei der Erfahrungen im Alltag an, bei den mit „alltäglichen Dingen und Situationen verknüpften Wahrnehmungen“ (Kämpf-Jansen 2006: 34). Im handelnden Umgang mit den erfahrenen Dingen und Phänomenen sollen diese nicht zerlegt, sondern in der Komplexität belassen werden. Das muss nicht vollständig geschehen. „Die Dinge lassen sich in ihrem Zusammenhang nur ertasten, erahnen, spüren, wirklich erfassen lassen sie sich nicht.“ (Kämpf-Jansen im Interview, Seydel 2006: 46)

„Im Rahmen Ästhetischer Forschung werden alle Vorgehensweisen subjektiv bedacht, emotional begleitet, auf vielfältige Weise fixiert und kommentiert. Tagebuchaufzeichnungen, Skizzen, fotografische Dokumente, poetische Texte, Fragmentarisches und Textauszüge stehen neben Befragungsergebnissen, Gesprächsaufzeichnungen u.a. Im Ausloten eigener Zugänge und Positionierungen werden persönliche Grenzen erweitert [...] Ästhetische Forschung knüpft an Bekanntem an und führt zu individuell Neuem, sie ist intensiv und erreicht in gelungenen Momenten Formen der Glückserfahrung (dem ‚Flow‘).“ (Kämpf-Jansen 2006: 36)

Ein solches Verständnis von Wissensgenerierung schlägt auch Brücken zu anderen global existierenden Epistemologien wie beispielsweise der Aymara in Bolivien, wo Lernen und Wissensvermittlung als körperliche Erfahrung verstanden werden (vgl. Burman 2011). Mutua und Swadener haben für den von ihnen herausgegebenen Sammelband *Decolonizing Research in Cross-Cultural Contexts* dazu ermutigt, eigene Präsentationsformen zu finden. „[W]e have consciously selected a mode of

representation that extends our attempts and commitment to decolonize research by encouraging contributors to present their work in ways that best meet the need of the message of their contribution.“ (Mutua/Swadener 2004: 13)

Andere feministisch-dekoloniale Autorinnen entscheiden sich für den herkömmlichen kolonialen Stil wissenschaftlicher Präsentation, um mit dem „Master's Tool“ wirksam wahrgenommen zu werden. „Our narrative is categorial and linear, so obviously uses traditional, colonialist, academic forms of presentation – because we believe that for contemporary academic usefulness, at least the structure of ‚the master's tools‘ must be employed.“ (Cannella/Manuelito 2008: 47)

Ich habe mich für die Präsentation der Ergebnisse dieser Forschung für eine narrative Erzählform entschieden. Zuvor hatte ich verschiedene andere Ideen, die sich jedoch als nicht umsetzbar erwiesen. Mein Stil des Schreibens, insbesondere der vier Kapitel, in denen die afghanischen Organisationen und deren Analysen und Ideen dargestellt werden, könnte als *akademisches Storytelling* bezeichnet werden. Akademisches Schreiben als narratives Storytelling wird vom Ethik- und Sprachwissenschaftler Gavin Fairbairn (2004) als die beste Form gesehen, um Wissen zu vermitteln. Alle Wissenschaftler*innen hätten Geschichten zu erzählen. Diese könnten in einer spannenden, motivierenden Weise mitgeteilt werden. Sich das Schreiben als eine Art von Storytelling vorzustellen, sieht Fairbairn als hilfreich für die meisten akademisch Schreibenden, um Schreibstil und das Herangehen an die Texterstellung zu verbessern – unabhängig vom Erfahrungsniveau oder dem jeweiligen Forschungsansatz.

Durch die Wahl dieses Stils, der klassische wissenschaftliche Analyseformen durchbricht und sich an einer narrativen Form anlehnt, möchte ich offen sichtbar machen, dass die Darstellung Subjektivität beinhaltet: meine und die der Partner*innen in der Forschung, deren Geschichten ich erzähle. Eine erzählende Präsentationsform entspricht am meisten meinem Selbstverständnis als Mittlerin zwischen verschiedenen Wissensformen und als Beitrag zur Dekolonialisierung. Ich erzähle nicht meine und nur annähernd die Geschichte der jeweiligen afghanischen Organisation. An der Grenze der austauschenden Begegnung entsteht ein Wissen, das eine Zwischenform ist.

Meine Forschung ist nicht nur mit meinen Forschungspartner*innen in Afghanistan ein gegenseitiger Kommunikationsprozess. Auch in Europa habe ich von Beginn an meine Forschung in einem Kommunikationsprozess entwickelt, der akademische Kreise und Institutionen umfasst, aber nicht nur diese. Beispielsweise habe ich auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen unter anderem von Flüchtlingsunterstützungs- und Anti-Kriegs-Organisationen, in Workshops und in Artikeln in der linkspolitischen Monatszeitung *analyse & kritik* (Exo 2009; 2011; 2012) und der Zeitschrift *Ronahî* des kurdischen Studierendenverbandes Kovara Yekîtiya Xwendekarê Kurdistan (YXK) (Exo 2014) von meinen Reisen und den kennengelernten Basisgruppen berichtet.

Wie Ina Kerner (2012) in ihrem Einführungsbuch *Postkoloniale Theorie* betont, existieren verschiedene Vorschläge, mit welchen subversiven Strategien eine Dekolonialisierung der akademischen und außerakademischen Praxis verfolgt werden kann. Viele weitere Debatten und arbeitsteilige Maßnahmen seien erforderlich. Mit zahlreichen Möglichkeiten kann dieses große Projekt der Dekolonialisierung angegangen werden (vgl. Kerner 2012: 157). Diese Forschungsarbeit ist eine dieser Möglichkeiten.

